

Remigration deutscher Politemigranten aus der Sowjetunion in die Sowjetische Besatzungszone/Deutsche Demokratische Republik 1945–1962

Wilhelm Mensing

I. Gegenstand der Untersuchung¹

Diese Untersuchung gilt den Emigranten, die ganz überwiegend in den 1920er und 1930er Jahren meist aus politischen, etliche aber auch aus überwiegend wirtschaftlichen Gründen von Deutschland in die Sowjetunion (SU) gingen. Die große Mehrheit von ihnen gehörte der KPD an oder sympathisierte mindestens mit ihr.

Die Schicksale der politischen Emigranten im Gastland, vor allem die Repressionen, die sie zu erleiden hatten, sind in der zeitgeschichtlichen Literatur von etlichen Autoren unter verschiedenen Gesichtspunkten erforscht und publiziert worden. Der Titel von Carola Tischlers Arbeit *Flucht in die Verfolgung* charakterisiert aufs prägnanteste diese Periode.

Hier soll ausschließlich der Weg zurück nach Deutschland – das hieß fast durchweg die SBZ/DDR – für die Überlebenden dieser Emigration (und die durch Heirat, Partnerschaft oder Geburt Hinzugekommenen) untersucht werden.

Als Politemigranten (PE) aus der SU im Sinne der Untersuchung werden also folgende Personen angesehen:

1. aus Deutschland gekommene Personen, die auf Beschluß der KPD vor oder nach 1933 in die UdSSR emigriert sind;
2. Personen, die in dieser Zeit Deutschland wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten verlassen haben und aus politischen Gründen nicht in das NS-regierte Deutschland zurückkehren konnten;
3. Spezialisten, die in der UdSSR tätig waren und denen aus politischen Gründen eine Rückkehr in das NS-regierte Deutschland nicht möglich war;
4. Personen, die wegen Verfolgung aus „rassischen Gründen“ aus Deutschland in die UdSSR emigriert sind.

Für die unter 2. bis 4. genannten Personen gilt das nur dann, wenn sie vom ZK der SED individuell als PE anerkannt wurden und ihre Einreise in die DDR beantragt haben. Den so definierten PE sind deren nächste Familienangehörige hinzuzurechnen, die mit ihnen oder bald nach ihnen remigrieren durften.

Das führte dazu, daß trotz der großen Verluste unter den Emigranten durch den „Großen Terror“ und die weitere Stalinsche Repression und ungeachtet der Tatsache, daß die übergroße Mehrheit der „Spezialisten“ schon in den 1930er Jahren freiwillig oder

¹ Diese Untersuchung leidet an einem unvermeidbaren Mangel: Sie muß bisher weitgehend ohne die Auswertung von Moskauer Akten auskommen. Sowjetische Ereignisse und Haltungen erscheinen deshalb notgedrungen ganz überwiegend gespiegelt durch die DDR-Überlieferung. Immerhin erlauben es einige Kopien von Akten aus dem Russischen Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI; Kaderakten, Listen), die von früheren Arbeiten her im Besitz des Verfassers sind, die Veröffentlichungen von A. Vatlin und die von W. Hedeler vorgenommene Durchsicht der Rot-Kreuz-Akten im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF; op.19) in Moskau, deren Ergebnis dieser großzügig zur Verfügung stellte, zahlreiche Einzeldaten aus anderen Quellen zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. Die mit Hilfe der verschiedenen Quellen ermittelten Remigranten sind auf der Internetseite des Autors www.nkwd-und-gestapo.de aufgelistet. Der Autor erhofft von Besuchern der Seite Korrekturen und Ergänzungen, damit die Auflistung sich allmählich der Vollständigkeit nähern kann.

unfreiwillig (durch Ausweisung) zurückgekehrt war, die Zahl der „Remigranten“ ungleich höher war, als die der früher Emigrierten. Etliche der Emigrierten, die mit ihren Ehefrauen in die SU gekommen waren, hatten dort (weitere) Kinder bekommen, andere hatten inzwischen Sowjetbürgerinnen geheiratet und Kinder mit ihnen. Längst waren auch Emigrantenkinder, die in den 1930er Jahren mit ihren Eltern in die SU gekommen waren, herangewachsen und hatten Familien gegründet. So „remigrierte“ eine nicht geringe Zahl von Personen, die nie zuvor in Deutschland gelebt hatten.

II. Der Beginn der Remigration – die frühe Nachkriegszeit

Der Vorbereitung der Nachkriegsremigration diente 1944 die Försterling²-Liste der „künftig verwendbaren Mitglieder der K.P.D. und Politemigranten in der SU“. Es handelte sich dabei gleichsam um eine „Heeresschau“ der für den Wiederaufbau der Partei in Deutschland in Frage kommenden Kader. Dabei ging es durchaus noch nicht, wie später bei den Gruppen „Ulbricht“, „Ackermann“ und „Sobottka“, um den Aufbau und die „Inbesitznahme“ der Verwaltung.³ Die Liste mit über 260 Personen enthielt zusätzlich zu den Namen der aufgeführten Personen deren Parteifunktion, Herkunftsbezirk und technische oder sonstige Spezialkenntnisse. Schon Peter Erler hat darauf hingewiesen, daß die Liste Namen von mehr als zwei Dutzend Emigranten enthielt, die verhaftet (gewesen) waren oder Dienst in der Arbeitsarmee taten. Ob dieser Umstand Unkenntnis der Situation oder dem Mangel an geeignetem Personal geschuldet war, wird kaum sicher zu entscheiden sein; wahrscheinlich spielte beides eine Rolle.

In nicht wenigen Fällen widersprachen Försterlings Einschätzungen über die künftige Einsetzbarkeit von Genossen denen der sowjetischen Seite. Erler führt die Aufnahme Repressierter etc. auf die prekäre Kadernsituation der KPD zurück, die zu solchen Benennungen genötigt habe.⁴

Realer Beginn der Remigration war die Entsendung der Gruppen „Ulbricht“, „Ackermann“, „Sobottka“ im April/Mai 1945. Dem lag ein im Februar 1945 von Dimitroff an Pieck übermittelter Auftrag zugrunde, eine Kaderauswahl für den Einsatz in Deutschland zusammenzustellen. Die Auswahl sollte mit dem ZK der KPdSU und der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee abgestimmt werden.⁵

In den Jahren darauf „erfolgte die Rückführung der ehemaligen Politemigranten im Wege der direkten Zusammenarbeit zwischen den Zentralkomitees der beiden Bruderparteien“ aufgrund einer Vereinbarung, die zwischen beiden Gremien getroffen worden war. Auch von der sowjetischen Besatzungsmacht kam eine gewisse Unterstützung und zwar insoweit, als eine schnelle Rückkehr bestimmter Genossen „für den Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der damaligen SBZ erforderlich war“.⁶

2 Paul Försterling, 1891–1949, nach Wilhelm Piecks Remigration nach Berlin KPD-Vertreter in Moskau. Vgl. seine Biographie in: Weber, Hermann/Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004.

3 Erler, Peter: Heeresschau und Einsatzplanung. Ein Dokument zur Kadernpolitik der KPD aus dem Jahre 1944 (Wiedergabe von SAPMO BArch NY 4036/517 Bl. 63–73). In: Schroeder, Klaus (Hrsg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Berlin 1994, S. 52–70.

4 Ebd., S. 59.

5 Die Einsatzgeschichte dieser Gruppen hat Peter Erler zuletzt in seinem Beitrag „Einsatzplanung der Moskauer KPD Kader im Frühjahr 1945. Zur Entstehungsgeschichte der Gruppen „Ackermann“, „Sobottka“ und „Ulbricht“ in ZdF Nr. 35/2014 nach jüngstem Erkenntnisstand dargestellt.

6 So in einem später entstandenen Vermerk über den „Abschluß der Rückführungen ehem. Politemigranten aus der UdSSR“. In: Vorbereitung eines kurzen Abschlußberichtes, Berlin, 12. Juni 1962. PA AA Bestand MfAA C 520/76, Bl. 230/234.

Wie die sowjetische Seite dabei vorgegangen ist, konnte Erler Jahrzehnte später nach Einblick in sowjetische Akten beschreiben: Eine eigene Kommission beim ZK der KPdSU (verantwortlich A. S. Panjuschkin), zuständig für Entscheidungen über Ausreisen und Übersiedlungen von Sowjetbürgern, entschied auch über die Remigration deutscher PE. Aufgrund der Befürwortung durch diese Kommission erteilte dann die für Ein- und Ausreisen zuständige Stelle beim Ministerrat der UdSSR die Ausreiseerlaubnis.⁷

Auf der Seite der KPD/SED war mit der Remigration schon im Herbst 1945 – nicht lange nach ihrer eigenen Rückkehr am 28. Mai 1945 – Grete Keilson⁸ befaßt, institutionell seit deren Aufbau die Abteilung Personalpolitik des Zentralsekretariats (ZS) der Partei. Grete Keilson wurde im Oktober 1945 nach Moskau entsandt, damit sie dort die Reise angeforderter Personen (Kader und Familienangehörige) vorbereitete. Über ihre Arbeit dort, vor allem über ihre Gesprächspartner auf sowjetischer Seite, scheint es auf deutscher Seite keine Überlieferung zu geben.⁹

Grete Keilson ist wohl zeitgleich mit den Anfang November 1945 Remigrierten nach Berlin zurückgekehrt. Im Laufe dieses Monats kamen insgesamt um die sechzig deutsche Emigranten, darunter viele Familienangehörige bereits remigrierter Kader, aus der Sowjetunion zurück. Die Rückkehrer waren fast ausnahmslos parteilich „unbescholten“.¹⁰ Keilsons Bericht über die Rückführungsaktion wurde am 12. November, während immer noch Rückkehrer ankamen, vom ZK-Sekretariat erörtert.¹¹

Für Paul Försterling, den Beauftragten der KPD in Moskau, der nach der Abreise von Grete Keilson der Remigrationsverantwortliche der KPD war, stellte sich aus der Nahdistanz das sowjetische Verfahren – ohne Einblick in die zuständigen Apparate – so dar, daß für das ZK der KPdSU der Genosse Tschernow sowie die Genossen Guljajew und Wilkow zuständig waren. Försterling erkannte allerdings im ZK der KPdSU in Remigrationssachen einen Instanzenzug, den er in Anspruch nehmen konnte. Das läßt sich aus einer Mitteilung unter Berufung auf eine Information aus dem ZK der KPdSU schließen, die Sache sei „durch Instanzen abgelehnt. Partei-App[arat] will sich nicht mehr befass[en].“¹² Eine „außenpolitische Kommission“ des ZK der KPdSU lehnte im November 1949 eine von Wilhelm Pieck befürwortete Remigration ab. Das war zwar längst nach dem Ausscheiden von Paul Försterling. Doch scheint diese Kommission, die Erler nach seiner Aktenkenntnis in die ZK-Strukturen eingeordnet hat, die für Überprüfungen von Entscheidungen der Kaderabteilung zuständige „Instanz“ gewesen zu sein.¹³

7 Erler, Peter: „Moskau-Kader“ der KPD in der SBZ“. In: Wilke, Manfred (Hrsg.): Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998, mit weiteren Nachweisen, S. 229–291 (255).

8 Grete Keilson, 1905–1999, 1945 Sachbearbeiterin im ZK der KPD, dann Leiterin der Abteilung Personalpolitik des ZS der SED. Vgl. ihre Biographie bei Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten.

9 Erler weist in seiner Studie über die „Moskau-Kader“ auf S. 253 schon darauf hin, daß entsprechende Protokollmaterialien nicht überliefert seien.

10 Maria Beutling war zwar die Witwe eines Repressierten, stand aber bereits auf der Liste der künftig zu Verwendenden; Erwin Kramer war 1943 wegen des Vorwurfs von Schwarzhandel aus der Partei ausgeschlossen worden.

11 Erler: „Moskau-Kader“, mit Einzelnachweisen.

12 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 411. Ob Försterlings Kontakte von Grete Keilson „hinterlassen“, oder ob es seine eigenen waren, muß offen bleiben.

13 Kaderakte RGASPI 495/205/4458, zitiert nach: Stark, Meinhard: Die Remigration aus der UdSSR 1945-1962, in: 1945: Jetzt wohin? Exil und Rückkehr... nach Berlin, Katalog der Ausstellung, hrsg. vom Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin, Berlin 1995, S. 250-259.

Insgesamt waren aber die Entscheidungsabläufe auf sowjetischer Seite für den „Mann vor Ort“ so undurchsichtig, wie er sie in einem Brief vom August 1946 an Grete Keilson beschrieb: „Auf Grund unserer Abmachungen bemühe ich mich, dass mit der Zeit alle Genossen rübergeschickt werden. Hierbei entsteht folgende Lage: nachdem der personelle Antrag von mir eingeleitet ist, werden die Anträge von einer von uns nicht beeinflussbarer [sic!] Stelle bearbeitet, so dass oft Anträge, auf die wir großen Wert legen, noch unentschieden bleiben, während andere spätere Anträge automatisch ihre Erledigung finden. Daher ergibt sich, dass für die Arbeit weniger wichtige Genossen oft früher abfahren können, als die von Euch lang erwarteten.“¹⁴

Die Kontakte und die daraus gewonnenen Einschätzungen von Försterling darf man wohl nicht allzu hoch bewerten. Wie unsicher seine Erwartungen oder wie wenig kompetent seine Gesprächspartner tatsächlich waren, zeigt geradezu drastisch eine offenbar von ihm zusammengestellte „Liste der deutschen Genossen, deren Ausreise in Vorbereitung ist“. Sie kann wohl nur um das Ende des Jahres 1947 verfaßt worden sein.¹⁵ Diese Liste enthielt, geordnet nach dem kyrillischen Alphabet, 23 Namen; sie hatte offenbar ein russisches Gegenstück. Da Försterling seine Anmerkung „Ausreise in Vorbereitung“ sicher nicht aus der Luft gegriffen hatte, dürfte sie seiner Erwartung nach den Gesprächen mit seinen Partnern beim ZK der KPdSU entsprochen haben. Und trotzdem war wohl Mimi Brichmann die einzige aus dieser Liste, die tatsächlich bald nach Deutschland kam. Sie aber verdankte ihre Heimkehr anscheinend überwiegend privater Initiative und dem Roten Kreuz. Alle anderen brauchten entgegen Försterlings Annahme „Ausreise in Vorbereitung“ noch sechs bis zehn Jahre, bevor sie zurückkamen.¹⁶

Einen guten Einblick in die Abläufe und Umstände der Remigration der PE in den 1940er Jahren liefern die Anforderungslisten aus dem Parteisekretariat in Berlin. Im Regelfall war eine solche Anforderung Remigrationsvoraussetzung; eine Ausreise nach Deutschland „auf eigene Rechnung“ scheint es – jedenfalls über lange Jahre – nicht gegeben zu haben.¹⁷

Die Personen, die zuerst aus Berlin angefordert und geschickt wurden, waren fast ausschließlich „originäre“ Politemigranten. Zu diesen „originären“ Politemigranten – im Unterschied zu den erst im Zusammenhang mit ihrer Rückführung als Politemigranten anerkannten Personen – wurden die gerechnet, die bis 1940 förmlich anerkannt worden waren.¹⁸ Ihnen wurden diejenigen gleichgestellt, die in der SU oder für sie andernorts politische, auch nachrichtendienstliche Arbeit geleistet hatten oder als Interbrigadisten im Spanischen Bürgerkrieg eingesetzt worden waren. Zu denen zählte zum Beispiel der als „Spezialist“ in die SU gekommene Erich Ripperger, der 1945 zurückkehrte und dessen Frau und Sohn 1946 als „Angehörige von Parteifunktionären“ angefordert wurden.

Auch die nicht derart Angeforderten unter den Remigrierten bis fast zur Mitte der 1950er Jahre waren in der Regel „originäre“ PE. Die ersten durch Anerkennung von seiten der Partei nachträglich zu PE „ernannten“ Witwen von umgebrachten Wirt-

14 SAPMO BArch DY 30/ IV 2/11/258, Bl 187 f.

15 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 400.

16 Bei der ersten im Juni 1945 an Dimitroff gegebenen Aufstellung waren die Einschätzungen der KPD-Urheber, Försterling als Verfertiger, allerdings im allgemeinen ziemlich treffend. Die erst 1951, nach mehreren Anforderungen zurückgekommenen Lammerts, für die 2. Gruppe des Monatskursus in Nagornoje vorgesehen, fallen aus dem Rahmen.

17 Das läßt sich etwa an der „Liste der Genossen“ ablesen, „die sich in der Provinz befinden und eingesetzt werden können, wenn sie angefordert werden“, SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 75–78.

18 Liste RGASPI 495/175/134.

schaftsemigranten scheinen – mit der auffälligen Ausnahme von Käthe Lesch¹⁹ – erst 1955 gekommen zu sein (zum Beispiel Ella Karas und Anna Tobeler), immer noch früher, als manche „originären“ PE, die endlos auf ihre Heimkehr warten mußten.

Wenn auch in den frühen Nachkriegsjahren fast alle Remigranten als „Angeforderte“ zurückkamen, so gab es doch wenige Fälle erfolgreicher eigener Initiative für die Remigration. So durfte I. Schrötter (wohl recht sicher Irma Schrötter) auf ihren am 26. November 1945 an die Partei in Berlin gerichteten Antrag 1946 nach Deutschland reisen.²⁰ Irma Schrötter war früher Lehrerin an der Karl-Liebknecht-Schule in Moskau; sie lebte während des Krieges mit ihrer ebenfalls bereits 1946 zurückgekehrten Freundin, der Schriftstellerin Dora Wentscher, in Nowosibirsk. Auch Dora Wentscher kam auf eigenen Antrag zurück, gestellt im Dezember 1945; auf der Dimitroff im Juni 1945 präsentierten Liste war hinter ihrem Namen „vorgesehen für späteren Einsatz mit Vorbereitung in Nagornoje“ vermerkt. Für ihre Remigration hatte sie die Zustimmung Walter Ulbrichts.²¹

Ähnlich erfolgreich war Betty Müller-Weiss mit ihrer Tochter. Ihr Remigrationsantrag, den sie über den Oberbürgermeister von Dresden, Rudolf Friedrichs, vorgebracht hatte, führte im Jahre 1947 zur Heimkehr.²²

Zu diesen Fällen eigener Initiative ist wohl auch eine sehr seltene Remigrationsvariante zu rechnen: die Rückkehr von Mimi Brichmann und Ida Nysenbaum. Brichmann wurde 1937 verhaftet, nach neun Jahren Lager im August 1946 entlassen und in Kasachstan zwangsangesiedelt. Meinhard Stark hat ihren Weg in die SU und zurück nach Deutschland beschrieben, der ihr bereits 1948 mit Hilfe von Briefkontakten nach Deutschland und Aktivierung des Roten Kreuzes gelang.²³ Die Witwe des im November 1933 als PE anerkannten und 1937 erschossenen Max Nysenbaum, Sowjetbürger(in) wie ihr Mann, schaffte mit ihrer Tochter den Weg aus Prokopjewsk/Kusbass nach Westdeutschland. Schon bald nach dem Krieg hatte sie wieder Postkontakt zur Familie im Ruhrgebiet. So konnte ihr Vater unter Einsatz seiner gewerkschaftlichen Verbindungen 1947 über das Deutsche und das Sowjetische Rote Kreuz einen Antrag auf eine Urlaubsreise nach Deutschland stellen, der genehmigt wurde. Sie reiste mit der Tochter – unter Überwindung großer Schwierigkeiten auf der Fahrt – in ihre westdeutsche Heimat, kehrte nicht in die SU zurück und wurde zu Hause nach etlichen Wartejahren wieder eingebürgert. Bei Brichmann und Nysenbaum hat es allerdings Remigrationswünsche auch von der Partei gegeben. Beide standen auf einer „Liste von Familienangehörigen, die wir nach hier zurückzuschicken bitten“ vom 1. September 1947.²⁴ Brichmann erscheint außerdem auf einer undatierten, 23 Namen umfassenden „Liste der deutschen Genossen, deren Ausreise in Vorbereitung ist“.²⁵

Anforderungen in Listenform aus Berlin sind bisher seit Juni 1945, also gar nicht lange nach dem Eintreffen der Gruppen „Ulbricht“, „Ackermann“ und „Sobottka“, be-

19 Laut Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.): In den Fängen des NKWD. Berlin 1991, S. 135, kam sie 1931/32 als Facharbeiterin in die SU, Anerkennung als Politemigrantin nicht bekannt, auf der „Liste B – nach draußen“, Haft, Remigration 1. September 1946.

20 PAAA Bestand MfAA A 1065, Bd. 52, Bl. 22, 39, 49. Sie hatte ebenfalls auf der Försterling-Liste von 1944 gestanden.

21 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 12–16 (13).

22 PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd. 52, Bl. 33/47.

23 Stark, Meinhard: „Ich muß sagen, wie es war“. Deutsche Frauen des GULag. Berlin 1999, S. 266 f. An anderer Stelle sieht Stark die Unterstützung „liberaler Sowjetfunktionäre vor Ort“ verantwortlich. Vgl. dazu S. 180.

24 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 306.

25 Die Liste SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 400 müßte nach dem Zusammenhang von Försterling stammen und kann dann spätestens im Herbst 1947 entstanden sein.

kannt.²⁶ Von Anfang Juni stammt wohl die Anforderung der Initiativgruppe Sachsen: Sie umfaßt zwölf Personen, deren Namen ganz überwiegend schon in einem Schreiben an Dimitroff enthalten sind.²⁷ Es folgte – von den erhaltenen Listen – eine „Liste der deutschen Kommunisten und Antifaschisten in Moskau, die das Z.K. der KPD dringend bittet, umgehend nach Berlin zu schicken“ – eine Überschrift, die später mit überwiegend anderen Personen wiederholt wurde. Diese Liste vom 29. September 1945 war von Ulbricht unterschrieben.²⁸ Die vierzig Personen umfassende Liste war in Arbeitsbereiche aufgeteilt. Der Teil „Für provinzielle oder zentrale Verwaltungen“ umfaßte elf Namen und wurde von Dr. Maxim Zetkin angeführt. Es folgten drei Personen „für Parteischule des Z.K.“, „für den zentralen Parteiverlag“ vier Personen, angeführt von Erich Wendt, „für den Parteiapparat“ siebzehn Personen von Fritz Heilmann bis Alfred Koenen. Die restlichen Personen wurden als „sonstige Mitarbeiter“ gebraucht. Zu ihnen gehörte Lotte Wehner-Löbinger.

Etlche Monate später ist die Liste vom 11. März 1946 entstanden, in der um die vierzig Kader angefordert wurden, die die Partei für jeweils benannte Funktionen nach Berlin geschickt haben wollte.²⁹ Aus dem Mai 1946 gibt es eine „Liste der deutschen Kommunisten und Antifaschisten, die das ZK der KPD [sic!] dringend bittet, umgehend nach Berlin zu schicken“;³⁰ dazu vom 11. März 1946 die „Liste mit künftigen Funktionen“ der erwarteten Remigranten, zum Beispiel Erich Wendt, Leiter des Verlages des ZK, Wilhelm Zaisser und Frieda Rubiner für die „Parteischule“, insgesamt 36 Personen, zum Teil ausdrücklich mit Familienangehörigen.³¹

Im Mai 1947 folgte noch einmal eine „Dringende Bitte um Rückkehr“ mit der Unterschrift von Dahlem: „Liste [...], die wir umgehend nach Berlin zu schicken bitten“.³² Daneben finden sich, beginnend mit Mai 1946, „Liste[n] der Angehörigen von Parteifunktionären, die wir nach Deutschland zu schicken bitten“³³, eine weitere „Erklärung zur Liste der Familienangehörigen“³⁴ und – unterschrieben von Franz Dahlem – eine „Liste von Familienangehörigen, die wir nach hier zurückzuschicken bitten“.³⁵

Ein Brief von Grete Keilson an Paul Försterling zeigt, daß auch um die Jahreswende 1945/46 wohl listenförmige Anforderungen nach Moskau gegangen sind, die von

26 Die früheste scheint die wohl auf Anforderung von „Genosse Guljajew“ von Paul Försterling verfaßte und mit „Lieber Genosse Dimitroff“ überschriebene, fünf Blätter umfassende Aufstellung vom 27. Juni 1945 zu sein. SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 12–16. Meinhard Stark zitierte noch eine Anforderung vom März 1948 als vermeintlich erste erhaltene, vgl. Stark: Remigration aus der UdSSR, S. 251 sowie Stark, Meinhard: „Ich muss sagen, wie es war.“ Deutsche Frauen des Gulag, Berlin 1999, S. 180.

27 Das sind Bernard und Frieda Koenen, Heinrich Sommer, Helmut Rückert, Dr. Gerhard Dengler (Kriegsgefangener, NKFD), Käthe Stamm, Gustav und Anna Borrmann, Hans Mathei [Makower], Otto Sachse, Martha Kramer und Lotte Weiß. Diese Liste kann nach den Umständen nicht mit der zuvor erwähnten „Liste der 12“ identisch sein.

28 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 68 f.

29 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 272, 276.

30 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 269. Auch die Anforderungsliste vom 3. Mai 1946 (ebd., Bl. 270 f.) geht, trotz dem Wochen zuvor abgehaltenen Vereinigungsparteitag, nach ihrer Überschrift auf „das ZK der KPD“ zurück.

31 Ebd., Bl. 272–276. Für Wendt war das die Wiederholung einer Anforderung vom Juni 1945.

32 Ebd., Bl. 263.

33 Ebd., Bl. 182 und eine weitere Liste vom 25.9.1946, ebd., Bl. 198.

34 Ebd., Bl. 222.

35 29.5.1947, ebd., Bl. 259. Wie diese Listen zustande gekommen sind, ergibt sich (mittelbar), soweit es aktenmäßig nachvollziehbar ist, aus dem Abschnitt „Rückführung der ‚Moskau-Kader‘ und der deutschen Emigranten aus der Sowjetunion“ in Erlers Darstellung „Moskau-Kader“ der KPD in der SBZ“, S. 252–256. Übrigens gab es auch bei den Familienangehörigen nicht wenige Ablehnungen: Von fünf mit einer Liste vom 29. Januar 1947 Angeforderten wurden drei abgelehnt, ebd., Bl. 246.

sowjetischer Seite (mindestens zum erheblichen Teil) unerledigt blieben.³⁶ Es gibt Anzeichen, daß die Zusammenstellung der Anforderungslisten nicht immer auf dem letzten Entwicklungsstand der Remigration beruhte, sei es weil die Listenführung der Kaderabteilung nicht stimmte, sei es, weil Nachrichten von Rückkehrern nicht prompt ankamen.³⁷

Mindestens parteiintern gab es in der KPD/SED für die Frage der Remigration die Letztzuständigkeit von Walter Ulbricht. Das ist schon 1945 an der ersten Anforderungsliste von „Kommunisten und Antifaschisten in Moskau, die wir dringend bitten, umgehend zu schicken“ vom Juni erkennbar, die von ihm unterschrieben war. Später war es auch Ulbricht, der als Reaktion auf Nachfragen von Verwandten oder Freunden nach nachrichtenlosen Genossen in der SU den Nachfragenden sagen ließ, „daß wir uns an die zuständigen Stellen gewandt haben und daß wir keine Auskunft erhalten konnten. Wir besitzen daher keine näheren Mitteilungen darüber.“³⁸ Bei der KPdSU wurde anscheinend Wilhelm Pieck als höchste Autorität auf Seiten der SED im Zusammenhang mit der Remigration angesehen. Paul Försterling nennt in einem „Mitteilungen vom ZK der KPdSU“ überschriebenen undatierten Vermerk³⁹ allein drei Fälle (Hegen, Huhn/Eberlein, Hahn), in denen von Pieck telegraphisch befürwortete Anträge von Verwandten als Voraussetzung für deren Remigration genannt werden.⁴⁰ Einen Beleg für eine entsprechende Nachfrage durch Wilhelm Pieck beim ZK der KPdSU hat Erler nachgewiesen.⁴¹ Allerdings scheinen solche Nachfragen erst nach der von Ulbricht verfügten Negativ-Auskunft stattgefunden zu haben.⁴² Erlers Schlußfolgerung aus der Nachfrage der KPD/SED nach längst Toten, daß dort die Kenntnis über das Schicksal vieler Verhafteter fehlte, mag berechtigt sein. Allerdings gab es hinreichende Informationen über die Emigration, so daß jedenfalls bei den zur Remigration Angeforderten kein Fall auftaucht, bei dem Paul Försterling hätte notieren müssen „keine Auskunft“, wohl bei nicht wenigen die Auskunft „Ausreise abgelehnt“.

Spätestens seit 1947 erscheint auf Anforderungen die Unterschrift von Franz Dahlem,⁴³ der dann im Politbüro der SED für Kaderfragen zuständig war. Aus den Akten

36 Schreiben des ZS der Partei, Abt. Personalpolitik, an Gen Försterling vom 4.7.1946, ebd., Bl. 185; diese Anforderungsliste hat sich bisher nicht gefunden.

37 Liste „dringend umgehend schicken“ vom 3.5.1946 (SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 271/2): Nr. 9 Helene (Lene) Berg, bereits im April 1946 zurückgekehrt (wenn nicht Verwechslung mit H. B. aus Halle, geboren 1906; die Rückkehr der beiden lag wohl zehn Jahre auseinander); Nr. 18 der bereits 1945 zurückgekehrte A. Koenen (Stafford); Nr. 32 die 1945 eingetroffene L. Treuber. Die Informationsmängel zogen sich über Jahre hin: die 1948 zurückgekehrten Dr. J. Rubens und F. Rubens-Bergmann erscheinen zum Beispiel auf einer Anforderungsliste vom 5. Juli 1949. SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 28.

38 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/v. 2577, zitiert nach Erler, Peter: Rückführung deutscher Opfer des Stalinismus, in: Weber, Herrmann et al. (Hrsg): Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und "Säuberungen" in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993, S. 426.

39 Die darauf notierten Bearbeitungsvermerke stammen alle vom 12. März 1948.

40 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 411.

41 Erler: Rückführung, S. 426.

42 Erler zitiert einen Brief an Suslow vom 12. März 1948. Aus SED-Akten geht hervor, daß Pieck am 5. Juli 1948 eine Antwort angemahnt und am 27. Juli 1948 eine solche erhalten hat, die Walter Ulbricht zur Kenntnis gegeben wurde. Darin wurde in der Tat unter anderem zu Erich Birkenhauer, Karl Brichmann, Paul Dietrich und Gustav Wrobel, alle zwischen 1937 und 1941 zu Tode gebracht, erklärt: „haben wir keine Angaben über ihren Verbleib“. SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 13, 11. Auf der an Ulbricht weitergegebenen Antwort ist handschriftlich vermerkt „verhaftete Gen.“ und „sollte man bitten, Nachforschungen anzustellen?“ Der Autor der Frage (Grete Keilson?) ist nicht genannt; eine Antwort von Ulbricht ist nicht bekannt.

43 „Liste der deutschen Kommunisten und Antifaschisten in Moskau, die wir umgehend nach Berlin zu schicken bitten“ vom 30. Mai 1947. SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 265 f.

nachvollziehbar ist, daß zu jeder Remigration die sowjetische Zustimmung unabdingbar war. Anforderungslisten der KPD/SED wurden offenbar dem ZK-Apparat der KPdSU zur Billigung vorgelegt. Schon zu Beginn des Jahres 1947 wurden sowjetische Einwendungen gegen die von der Personal(Kader-)abteilung über Försterling übersandten Listen erhoben. So wurde eine „Liste der 12“, die Försterling im ZK der KPdSU vortragen konnte, komplett zurückgewiesen mit der Begründung, „dass diese Fälle nicht Sache des Parteiapparates seien“.⁴⁴ Da diese „Liste der 12“ leider bisher nicht aufzufinden ist, kann nur vermutet werden, daß es um Personen eines gewissen Ranges ging, gegen die die KPdSU auf Grund ihrer Repressionsgeschichte besondere Vorbehalte hatte. Unabhängig von diesem Sonderfall mußte Försterling die Kaderabteilung in Berlin darauf hinweisen, daß eine bloße Wiederholung der Anforderung unergiebig sei. Erforderlich sei eine individuelle Begründung und individuelle Anforderung durch Wilhelm Pieck, nicht nur die Abzeichnung einer Liste durch ihn.⁴⁵ Eine solche individuelle Begründung gab es jedenfalls bis zum September 1947 nicht. Bis dahin waren seit dem Januar des Jahres mindestens fünf Listen nach Moskau geschickt worden: am 29. Januar eine mit 44 Namen, dazu eine für fünf Familienangehörige; eine am 30. Mai (43 Namen); am 1. September eine mit 22 Namen, dazu eine mit siebzehn Familienangehörigen.⁴⁶ Vom September 1947 ist eine ausdrückliche Forderung vom „Gen Tschernow“ bekannt, daß jedenfalls zu solchen Personen, bei denen sowjetische Vorbehalte (gewöhnlich wohl aus vorangegangenen Ablehnungen) bekannt waren, eine ausführlich begründete Anforderung der Partei, auch zu deren Einstellung zu dem Genossen, geliefert werden müsse. Ein nicht datierter Vermerk von Försterling über „Mitteilungen vom ZK der KPdSU“,⁴⁷ der nach handschriftlichen Notizen wohl etwa aus dem März 1948 stammen dürfte, hält die Bitte des ZK fest, „die bisherige Praxis der Übersendung längerer Listen mit Anforderungen einzustellen.“ Es solle „für jeden Genossen, der zur Arbeit nach Deutschland gerufen wird, ein Telegramm gesondert geschickt werden.“ Der von Meinhard Stark hervorgehobene Unterschied zwischen Anträgen auf Ausreise und Anfragen, ob eine Ausreise in Betracht komme, ist jedenfalls den bis 1947 nach Moskau gerichteten Anforderungslisten nicht zu entnehmen. Vielmehr wird mal die Bitte, dann die dringende Bitte geäußert, die aufgelisteten Genossen nach Berlin zu schicken. Insofern ist die von Stark aus der vermeintlichen Unterscheidung Antrag/Anfrage abgeleitete „Klassifizierung“ für diese Zeit nicht nachvollziehbar.

Es hat sich bisher kein Beleg gefunden, daß der sowjetischen Bitte direkt gefolgt worden wäre. Allerdings geht aus einem Beleg „Post-Ausgang Mitnahme: 15.4.1949 durch Gen. Wilhelm Pieck“ hervor, daß ihm zu circa dreißig Einzelfällen Korrespondenzen mit den Themen Rückkehr, Untersuchung und Rückkehr, Begnadigung und Rückkehr oder Auskunft über Verbleib für „Gen. Borisoglebski“ mitgegeben wurden.⁴⁸ Die sowjetische Bitte um Einzelanträge zeigte auch, daß es – mindestens auf sowjetischer Seite – bei der frühen Remigration nur um Genossen gegangen war, „die zur Arbeit gerufen“ wurden, dazu noch um deren Angehörige. Es handelte sich nicht um den Beginn einer allgemeinen Heimführung emigrierter Genossen, schon gar nicht um die Heimführung etwaiger emigrierter Nicht-Parteimitglieder. Das „zur Arbeit rufen“ war spätestens im Frühjahr 1948 weitgehend abgeschlossen – von den unerledigten Fällen aus den Anforderungen abgesehen. Danach konnte es „nur“ noch um Ein-

44 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Blatzzahl nicht lesbar, Försterling an Keilson vom 5. März 1946 [richtig: 1947].

45 Ebd., Bl. 406 ff.

46 Dabei wurden Namen wiederholt: so erscheint Hanna Tomarkina im Januar, Mai und September.

47 Ebd., Bl. 411 f.

48 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 27.

zelfälle der Remigration von Genossen (und Nicht-Genossen) gehen, die für diesen Zweck nicht benötigt wurden oder auf deren Anforderung – aus welchen Gründen auch immer – vorerst verzichtet worden war.⁴⁹

Die Zustimmung der SED zu einer Remigration galt für die sowjetische Seite nicht als unabdingbar: „Es sind hier in letzter Zeit eine Reihe von Genossen eingetroffen, und zwar in der Mehrzahl solche, die wir nicht angefordert hatten“, schrieb Grete Keilson schon am 4. Juli 1946 an Paul Försterling. Es folgte die Frage, ob überhaupt noch Anträge zu stellen seien oder „jetzt wahrscheinlich alle Emigranten nach und nach hierher geschickt werden“. Aber gleichzeitig führte die SED Klage über sogar nach einem halben Jahr noch nicht erledigte Anforderungen, so etwa im Falle von Anna Schmidt [richtig Schmitt], der Ehefrau des damaligen Bayerischen Staatsministers im Kabinett Hoegner, Heinrich Schmitt.⁵⁰

Das Eintreffen Nicht-Angeforderter bedeutet aber zugleich, daß es von seiten der Partei und der SBZ-Verwaltung zu dieser Zeit noch keinerlei Einreiseregeln gab, die einer Einreise aus der SU auf den Weg gebrachter Personen entgegenstanden oder eine Vorwegkontrolle erlaubten (Einreisegenehmigung/Visum oder ähnliches); die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) verfügte also allein über solche Einreisen.⁵¹

Das mehr oder minder ergebene Sich-Fügen in die Entscheidungen der großen Bruderpartei wird besonders deutlich sichtbar in den Fällen, in denen zwischen Anforderung und Rückkehr viele Jahre, bis zu mehr als einem Jahrzehnt lagen. Manche der Betroffenen richteten sich unterdessen in der SU ein, oft mehr schlecht als recht, andere, wie etwa Berta Lask, lieferten durch das Bestehen auf gemeinsamer Ausreise mit Familienmitgliedern den Vorwand, sie länger und länger zurückzuhalten.

Aus unterschiedlichen in der Regel ungenannten, aber offenkundig in vielen Fällen mit eigener früherer Repression der Betroffenen oder von Familienmitgliedern („Angehörige von Volksfeinden“) zusammenhängenden Gründen wurde die sowjetische Zustimmung zur Remigration nicht nur gelegentlich, sondern in erheblichem Umfang verweigert. So stammt wohl aus dem Jahre 1947 eine „Liste deutscher Genossen, deren Ausreise nicht die Zustimmung gefunden hat“ mit 61 Namen.⁵²

Auch die Unterschrift von Ulbricht führte nicht dazu, daß tatsächlich alle Angeforderten (bald) geschickt wurden. Daß Erich Wendt und Else Zaisser erst 1947 kamen, nachdem sie wiederholt angefordert worden waren, dürfte Ulbricht deutlich gemacht haben: Auch seine Wünsche gingen bei den Sowjets nicht selbstverständlich durch.

49 Anscheinend, um unkommentierten Ablehnungen zu begegnen, hat die SED mindestens im Jahre 1949 in circa zehn Fällen Repressierter in Moskau einen Antrag auf „Untersuchung und Rückkehr“ gestellt, ebd., Liste von Wilhelm Pieck an Gen. Borisoglebski überbrachter Korrespondenzen vom 13. April 1949. Die Betroffenen, wie Anni Fehler, Ewalda Hartog oder Eva Rechlin, kamen ganz überwiegend erst Mitte der 1950er Jahre zurück.

50 Ebd., Bl. 185. A. Sch. erscheint dann in der Liste der bis zum 30. Juni 1950 Zurückgekehrten.

51 Auch paternalistisches Verhalten des ZK der KPdSU kam vor. In mindestens einem Fall wurde aus Moskau Fehlverhalten eines remigrierten Genossen in bezug auf dessen noch nicht heimgekehrte Familie reklamiert. „St., Schwerin (Gruppe Sobottka) hat in der SU Frau u. Kinder zurückgelassen, die sich gegenwärtig im Kiewer Gebiet befinden. Die Frau erhält keinerlei Nachrichten von St. Es wird verlangt [sic!], daß St. etwas zur Unterstützung der zurückgelassenen Familie tut. Genosse Pieck möge an Stefan schreiben“. SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 411.

52 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 408. Die undatierte Liste enthält einerseits Namen mehrerer PE, die 1948 zurückgekehrt sind, andererseits Namen, die nicht auf Anforderungslisten aus dem Jahre 1946 stehen; das deutet darauf hin, daß die Liste aus dem Jahre 1947 stammt.

Die sowjetische Seite traf ihre negativen Entscheidungen kommentiert⁵³ oder unkommentiert.⁵⁴ Dieses Zustimmungsbedürfnis wurde von der SED-Seite akzeptiert. Widerspruch dagegen ist nicht bekannt. Immerhin unternahm die Partei 1949 einen Versuch, unkommentierten Ablehnungen zu begegnen: Für etwa zehn Fälle repressierter Genossen wurde ein Antrag auf „Untersuchung und Rückkehr“ eingereicht.⁵⁵ Allerdings war dieser Versuch recht erfolglos: Die Betroffenen, unter ihnen Anni Fehler, Ewalda Hartog und Eva Rechlin, kamen ganz überwiegend erst Mitte der 1950er Jahre zurück. Außerdem schickte Wilhelm Pieck etliche „Eingaben“ zu Einzelfällen nach Moskau, mit denen er um Überprüfung von Ablehnungen bat oder bisher nicht behandelte Fälle als dringlich vorstellte. Ein Parteiausschluß in der Emigration (meist nach Verhaftung) konnte ein Grund für die Ablehnung einer Anforderung sein; erst recht war eine Lagerstrafe hinreichender Grund für eine Ablehnung.⁵⁶

Allerdings hatten durchaus nicht alle erlittenen Repressionen die Verweigerung der Remigration zur Folge: Die Chance, die Ausreise nach Deutschland bewilligt zu bekommen, hatte auch, wer schon alsbald nach der Jeschow-Zeit eine Rehabilitierung erfahren hatte oder ein Emigrant, der einst als Familienmitglied von „Volksfeinden“ verfeimt gewesen war.⁵⁷ Dazu gab es allerdings auch einzelne schon bald nach dem Krieg Remigrierte, die Jahre einer Lagerstrafe im GULag verbracht hatten.⁵⁸ Früh ist der Zwiespalt bei der SED erkennbar: hier dringender Kaderbedarf in Berlin – dort die Treue zur großen „Bruderpartei“, die es nicht erlaubte, offen an das Problem der Repression unter Stalin heranzugehen, darüber Auskunft zu geben (oder zu verlangen) und Repressierte anzufordern, die ja, soweit nicht bereits 1940 rehabilitiert, bis 1956 ganz überwiegend nicht rehabilitiert waren. In Berlin gab es recht früh die Bereitschaft, (einzelne) entlassene Lagerhäftlinge zurückkehren zu lassen. Das ist durch ein Schreiben der Abteilung Personalpolitik des ZS an Paul Försterling vom September 1946 belegt, mit dem auf Angaben „über eine Reihe früherer Parteimitglieder, die aus der Haft, bzw. Strafarbeitslagern entlassen wurden“ geantwortet wurde.⁵⁹ So hatte die SED „keine Einwände“ gegen die Ausreise von Erich Schumann, Erich Wiese (= Rubin Rosenfeld) und Kurt Neumann (Identität nicht eindeutig, wahrscheinlich der Bruder von Willy Neumann) und teilte mit, daß das gleiche für die Ausreise von Irma Volkmann gelte.⁶⁰

53 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 406, September 1947.

54 „Wird nicht geschickt“, ebd., Bl. 280, 10. Juni 1947.

55 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Liste von Wilhelm Pieck an Gen. Borisoglebski überbrachter Korrespondenzen vom 13. April 1949.

56 Beispiele: Franz Leschnitzer, Ablehnung 1946 und 1949; Lotte Templer, Ablehnung 1947; Erika Dattan 1938 fünf Jahre Lager, Ablehnung 1947.

57 So zum Beispiel 1946 Emma Stenzer, einige Monate Haft 1937/38, Parteiausschluß; Hermann Makower (Hans Matthey), zeitweilige Haft und folgender Parteiausschluß 1938; Erwin Marcusson längere Haft zwischen 1938 und 1940, Parteiausschluß, Ausreise 1947.

58 So Julius Klepper, im Lager bis Februar 1947, im Herbst des Jahres Ausreise in die DDR; Wilhelm Pieck hatte ihn vor seiner Abreise aus Moskau Paul Försterling besonders ans Herz gelegt. Der bekannte in einem Brief an Grete Keilson im Dezember 1946, er „komme in dieser Frage keinen Schritt weiter“, ebd., Bl. 216. Erich Schumann, verhaftet im Februar 1938, bis 1946 Lager in der Komi Republik, Zustimmung der SED zur Einreise September 1946, Ablehnung der Ausreise 10. Juni 1947 („[...] wird nicht fahren“, SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 408), 1948 zurückgefahren, Schreiben des Zentralsekretariats/Abteilung Personalpolitik an Försterling vom 25. September 1946. SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 202. Ähnlich Mimi Brichmann und Roberta Gropper.

59 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 202. Nicht überliefert scheint die Anfrage von Försterling. So bleiben die Personen im dunkeln, zu denen er außerdem angefragt hatte, ebenso eine etwaige Erläuterung zum Zustandekommen seiner Anfrage und zur Auswahl der Personen.

60 Die „Nicht-Einwände“ gegen die Ausreise dürften in der Sache als Einreiseerlaubnis oder Option darauf zu verstehen sein.

Das Ergebnis der von der KPdSU nicht honorierten Bereitschaft, „belastete“ Genossen zurückzurufen, muß irritierend für die SED gewesen sein.⁶¹ Weder dem „Ortsbeauftragten“ Försterling noch der Kaderabteilung in Berlin waren die Kriterien bekannt oder durchschaubar, nach denen die KPdSU Remigrationen zustimmte oder sie ablehnte.

Mit der Auflösung des Auslandsbüros der KPD/SED in Moskau 1947 endete auch die Funktion Försterlings als Kontaktmann zum ZK der KPdSU in Angelegenheiten der Remigration von PE. Försterling besaß immerhin einen persönlichen Kontakt ins ZK der KPdSU, hatte in einigen Fällen Kommentare zu den Ablehnungen von Remigrationsanforderungen aus Berlin erhalten und konnte Interventionen von Pieck anregen.

Eine Mitwirkung der SMAD in Sachen Remigration ist für die Zeit seit 1948 nur noch in einem Fall belegt: Der von Anna Stegmaiers Vater eingereichte Antrag ging über das Konsulatsbüro der SMAD.⁶² Im übrigen scheint seit 1948 der Geschäftsverkehr unmittelbar von ZK zu ZK, von Kaderabteilung zu Kaderabteilung gegangen zu sein.

Typische Probleme und Hindernisse bei Remigrationsanforderungen und dem sowjetischen Umgang damit lassen sich bei der Betrachtung vor allem wiederkehrender Fälle immerhin erkennen: Im Parteiauftrag Tätige, etwa als Instruktoren in Kriegsgefangenenlagern, in Moskau bei Inoradio, Institut 99 – Parteischule – oder im Auslandsbüro Beschäftigte, mußten zunächst einmal bleiben, so übermittelte Paul Försterling Auskünfte des Genossen Tschernow. „Muß erst von Lagerarbeit befreit werden“⁶³, hieß es für einige. Hinsichtlich der Lehrer im Kriegsgefangenenlager 165 wurde mitgeteilt, „daß sie vorläufig noch bleiben müssen, da man sonst keine Lehrer hat. Man wird sie allmählich freistellen.“⁶⁴ Dazu wies Försterling im März (?) 1946 Grete Keilson darauf hin, daß diese Befreiung die Gestellung von Ersatz voraussetze.⁶⁵ Andere sollten ihr Studium nicht unterbrechen (so [wohl Hanna] Tomarkina und Tamara Abraham).

Diese nachvollziehbaren Begründungen galten nur für einen begrenzten Zeitraum.⁶⁶ Deshalb fällt auf, daß einzelne von den erst von ihrer Arbeit zu Befreienden mehrere oder gar viele Jahre auf ihre Rückkehr warten mußten: Ernst Noffke kam erst 1952, Josef Klingbeil 1956 und Simon Feldmann, dessen Rückkehr, nach Anforderungen 1945 und 1946, das ZK-Sekretariat im Mai 1950 noch einmal ausdrücklich zugestimmt hatte, gar erst 1958 nach Deutschland zurück, lange nach den Kriegsgefangenen, als deren Instrukteur er eingesetzt gewesen war.

Im Ergebnis ähnlich, wenn auch mit Gründen, die auf KPD-Seite und bei der KPdSU lagen, war es bei jüdischen Genossen, „von deren Einsatz [...] aus bekannten Gründen vorläufig abgesehen werden muß“.⁶⁷ Das war allerdings durchaus keine eindeutige Position bei der KPD, wie sich aus einem Brief an Dimitroff ablesen läßt, in dem Wil-

61 Paul Försterling muß schon bald gemerkt haben, daß es mit der Remigration der von der Partei Akzeptierten nicht voranging: am 21. Dezember schrieb er an Grete Keilson, sie möge in diesen Fällen etwas unternehmen, ebd., Bl. 216.

62 PA AA Bestand MfAA A 1065 Bd. 52, Bl. 40.

63 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 16.

64 Ebd., Bl. 14–16, 406/410.

65 Ebd., Blattzahl nicht lesbar, wohl um 280.

66 Es ging dabei allerdings um ein schon seit 1944 bestehendes Problem: Der Versuch der KPD, die in der SU lebenden PE zu Schulungen zusammenzuziehen war schon damals mangels Freistellung der Angeforderten auf größte Probleme gestoßen, siehe Morré, Jörg: Die Parteischulung der KPD in der SU, in: Heiner Timmermann (Hrsg.): Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre, Berlin 2001, S.727–744.

67 Zum Beispiel Friedrich Wolf, Rosa Wittfogel – sie blieb endgültig in der SU –, Lotte Loebinger, Berta Lask. So in einem Brief an Dimitroff vom 27.Juni 1945, ebd., Bl. 12.

helm Pieck am 16. Juni 1945 geschrieben hatte,⁶⁸ der Genosse Friedrich Wolf beschwerte sich darüber, daß er nicht auf die Liste der jetzt zum Einsatz gefahrenen Genossen gesetzt wurde, und vermute, daß das wegen seiner jüdischen Rassezugehörigkeit geschehen sei. Pieck erklärte es zu einer sehr ernstesten Angelegenheit, „ob wir die jüdischen Genossen vom Einsatz im Lande ausnehmen sollen.“ Er wies auf die Inkonsistenz angesichts der Tatsache hin, daß ja bereits [Rudolf] Herrstadt, [Max] Keilson, [Markus] Wolf jr. und [Willi] Keller nach Deutschland geschickt worden seien. Er glaube auch nicht an Schwierigkeiten in der Bevölkerung beim Einsatz solcher Genossen, zumal auch in den anderen Besatzungszonen die Einreise von Juden zugelassen werde.⁶⁹ Deshalb bat Pieck Dimitroff, Friedrich Wolf, Bernhard Förster⁷⁰ und Simon Feldmann auf die nächste Liste zu setzen.

Sicher war Pieck dann aber in dieser Sache doch nicht. Denn schon am 30. Juni schrieb er in einem weiteren Brief an Dimitroff,⁷¹ im Einsatz von Rodenberg sehe er zeitweilig eine gewisse Schwierigkeit, da Rodenberg Jude sei und „das in seinem Aussehen sehr zum Ausdruck kommt“. So schien es ihm besser, Rodenberg erst einmal bei Inoradio zu lassen. Doch Rodenberg kam mit seiner Tochter 1948 nach Deutschland. Bis 1950 waren dann außer den zuvor Genannten unter anderem die jüdischen Emigranten oder Familienmitglieder von Emigranten Susanne Leonhard (1948), Hermann Lask, Erwin Marcusson (1947) mit Ehefrau⁷², Margaritha Rosenthal (1946)⁷³ und Frieda Rubiner (1946)⁷⁴ remigriert.⁷⁵

Auch wenn sich Ansätze von Erklärungen für eigentlich nicht zu erwartende Remigrationen finden, bleibt doch ein Stück des Eindrucks, daß die Fälle nicht ganz frei von den (scheinbaren?) Zufälligkeiten sind, die schon die Repressionen geprägt hatten. Das deutet sich zum Beispiel im Fall von Julius Klepper an: Als er, nicht einmal zwei Wochen nach seiner Haftentlassung, in Moskau Paul Försterling traf, sah dieser „bei ihm alle Fragen offen: Überprüfung seiner Angelegenheit zwecks Kassierung des Beschlusses der besonderen Beratung, seine Freizügigkeit, Ausstellung eines Passes usw“. Försterling erwartete keine Hilfe „von den entsprechenden Stellen“, „nicht einmal von der Mopr“. ⁷⁶ Ungeachtet solcher scheinbar berechtigten Skepsis des erfahrenen KPD-Vertreters in Moskau dauerte es nur wenige Monate bis zur Heimkehr von Klepper.

68 SAPMO BArch NY 4036/544 zitiert nach Hartewig, Karin: Zurückgekehrt – Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR. Köln 2000, S. 88.

69 Das war allenfalls eingeschränkt richtig; mindestens in der Britischen Zone durften nur deutsche Juden und Juden mit dem Status "Displaced Persons" leben, die aus Konzentrationslagern freigegeben waren oder in Verstecken überlebt hatten, siehe Ursula Büttner, Not nach der Befreiung Die Situation der deutschen Juden in der Britischen Besatzungszone 1945-1948, Seite 373-406, in: dieselbe (Hrsg.), Das Unrechtsregime Internationale Forschung über den Nationalsozialismus Band 2 Verfolgung - Exil – Belasteter Neubeginn, Hamburg 1986.

70 War im Mai 1947 noch nicht zurück; zu ihm Hartewig: Zurückgekehrt, S. 87. Er war wohl kein PE.

71 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 27

72 Zwei Jahre Untersuchungshaft und zurückgezogene Ausweisungsverfügung 1940.

73 Obwohl ihr Ehemann Leo R. erschossen worden war, aber auf Anforderung als „Frau d. Gen. Baum, Halle“, ebd., Bl. 182, Nr. 22. „Baum“ ist ohne Vorname nicht sicher zu identifizieren; verheiratet war M.R, wohl niemals mit ihm; sie heiratete 1960 wieder und starb als verheiratete Dietz.

74 Für sie ist die dringende Empfehlung des zuständigen Mitarbeiters der Partei im Jahre 1946 belegt, in Lebenslauf und Parteifragebogen über die Verhaftung ihres Ehemanns hinwegzugehen; erst 1951 erhielt sie nach Rücksprache mit einem Parteisekretär Gelegenheit, das Fehlende nachzutragen. SAPMO BArch DY 30/IV 2/11 v. 3136.

75 Im Sommer 1957 hat die SED eine Statistik der Remigranten von Mai 1955 „bis heute“ aufgemacht. Danach waren von 304 Erwachsenen 74 „jüd. Gen.“. Das entspricht 24,3 Prozent. SAPMO BArch DY 30 IV 2/11/260 Bl. 97 (lose im Registerband).

76 PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd. 52, keine Blattzahl, Brief Försterling/Keilson vom 5.3.46 [richtig 47].

Die von Paul Försterling notierten Auskünfte „des Gen Tschernow“ vom September 1947 liefern gelegentlich ein Stück Erklärung für die Verweigerung der Remigration. So bei Walter Hedeler das Verlangen einer nochmaligen Prüfung, bei Karl Dröll die Anmerkung, es sollten nur Leute geschickt werden, die der Partei nützen. In anderen Fällen haben die Betroffenen nach ihrer späten Rückkehr die Umstände selbst dargestellt.⁷⁷ Wenn in der Ablehnung Angaben über repressierte Familienangehörige erscheinen, wird deutlich, daß es darum geht, jemanden als Angehörigen von „Volksfeinden“ abzustempeln.⁷⁸ Dieses Kriterium galt auch noch 1949: Die Quintessenz für die Ablehnung der Remigration von Klara B. im November 1949 war, nach Angaben über verhaftete Angehörige, die „Existenz ernsthaften kompromittierenden Materials“ verbunden mit der Feststellung, daß sie „für die SED keinen Wert“ darstelle.⁷⁹ Es blieb also auch nach dem Ende der listenförmigen Anforderungen dabei, daß die Nützlichkeit eines Remigranten für die Arbeit der SED, bewertet von der KPdSU, ein wichtiges, wenn nicht entscheidendes Kriterium für die Zustimmung zur Remigration war.

Längst nicht alle Ablehnungen aus den Jahren 1946/47 führten zum langfristigen Zurückhalten der Betroffenen. Abgelehnte PE kamen in einigen Fällen doch nach relativ kurzer Zeit nach Hause, ohne daß erkennbar wird, was die Meinungsänderung bei der KPdSU ausgelöst hat.⁸⁰ In der Regel bemühten sich die Abgelehnten später selbst oder über Freunde oder Verwandte durch Anträge bei der Mission/Botschaft der DDR um ihre Remigration; gelegentlich stellten auch örtliche/regionale Parteigliederungen der SED entsprechende Anträge.⁸¹ Stark nimmt an, beinahe alle bis nach dem Zweiten Weltkrieg in der SU verbliebenen Emigranten/Spezialisten hätten die Sowjetbürgerschaft angenommen. Diese habe bis zum Ende der Zwangsansiedlungen Mitte der 1950er Jahre eigene Bemühungen um die Remigration behindert.⁸² Starks Annahme trifft nur eingeschränkt zu. Ohne die Umstände der „Annahme“ der Sowjetbürgerschaft und deren Rechtswirkungen hier zu erörtern, steht jedenfalls fest: Nach einer undatierten Liste wohl aus der Zeit um 1945 waren circa zwanzig Prozent der in der sowjetischen Provinz lebenden Emigranten nicht Sowjetbürger, sondern staatenlos.⁸³ Ursache der Staatenlosigkeit war überwiegend der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit durch eine NS-Ausbürgerung ohne einen Antrag auf Verleihung der Sowjetbürgerschaft oder bei Erfolglosigkeit eines solchen Antrages. Für die Moskauer Emigranten ist eine entsprechende Zählung nicht bekannt. Bei etlichen Spitzenfunktionären der KPD gibt es aber keinen Hinweis, daß sie Sowjetbürger geworden wären; auch sie waren meist vom NS-Regime ausgebürgert worden.

Allerdings dürfte Stark richtig gesehen haben, daß eigene Remigrationsbemühungen bei einer Sowjetbürgerschaft schwierig waren. Aber sie waren auch ohne diesen Umstand nicht sehr aussichtsreich. Wo es bis in die frühen 1950er Jahre Remigrationsversuche ohne die Initiative der Kaderabteilung der SED gegeben hat, da waren es in der

77 Siehe etwa Stammlinger, Gabriele: Gut angekommen – Moskau. Berlin 1999, vor allem das Kapitel „Ich bitte sehr, mich nicht zu vergessen“.

78 Else Knauth, Anforderung und Ablehnung 1947, Gabriele Haensch, Anforderung Mai 1947, Ablehnung Juni 1947, jeweils weil der Ehemann verhaftet worden sei.

79 Kaderakte RGASPI 495/205/4458, zitiert nach Stark: Remigration, S. 252.

80 Dagmar Horstmann, geborene Dirichs, Ablehnung von Tschernow im Juni 1947 mitgeteilt, 1948 zurück. Edeltraud Frisch [Traute Fritsch?], im Juni 1947 abgelehnt, noch 1947 zurück. Bei dem im übrigen ähnlichen Fall Werner Eberlein scheint die Intervention von Wilhelm Pieck eine Meinungsänderung ausgelöst zu haben.

81 PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd. 52, Bl. 23–51.

82 Stark, Meinhard: Die Remigration aus der UdSSR 1945–1962. In: Verein Aktives Museum (Hrsg.): 1945: Jetzt wohin? Exil und Rückkehr nach Berlin? Katalog zur Ausstellung. Berlin 1995, S. 250–259 (254).

83 BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 375–380.

Regel Gesuche von Freunden oder allenfalls eigene, die an führende Genossen, zumal an Wilhelm Pieck oder Walter Ulbricht gerichtet waren.

Dennoch war Sowjetbürgerschaft selbst zu Stalins Zeiten kein durchgehendes Hindernis für Repatriierungen: Die Sowjetbürger Hermann Lask, Erich Schumann und Willi Lammert, dieser mit Frau und Tochter, kamen alle bis 1951 zurück.⁸⁴

Seit wann bei den PE vor der Ausreise ein Antrag auf Entlassung aus der Sowjetbürgerschaft gestellt wurde, ist unklar. Anscheinend geschah das nicht in den ersten Nachkriegsjahren, denn 1962 gab es aus der Sicht des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) ein Bedürfnis, Staatsbürgerschaftsfragen (Doppelstaatsbürgerschaften ehemaliger Politemigranten UdSSR/DDR) zu klären. „Die entsprechenden Personen soll[t]en im Rahmen der allgemeinen Maßnahmen zur Einschränkung der Doppelstaatsbürgerschaft der DDR durch die staatlichen Organe der DDR erfaßt werden.“⁸⁵

III. Remigrationen seit Ende der 1940er Jahre

Die SED brachte nach überwiegender Erfüllung ihrer (kaderpolitisch motivierten) Anforderungen in den Jahren 1945 bis 1947 und nach der Erfahrung mit Ablehnungen solcher Anforderungen durch die KPdSU weitere Bitten um Rückführung in der Regel nur auf Antrag Betroffener oder deren Freunde/Verwandter und nur nach politischer Prüfung der jeweiligen PE oder als solcher Anzuerkennender vor. Entsprechend der wohl 1948 übermittelten Bitte des ZK der KPdSU wurden keine Listen mehr geschickt, sondern ein Schreiben (Telegramm) für jeden einzelnen Angeforderten.⁸⁶ Absender solcher Telegramme war in der Regel Wilhelm Pieck. So ist wohl auch die von Stark erwähnte Liste vom 27. Juli 1948, mit den die verzeichneten Personen charakterisierenden Anmerkungen, eine SED-interne Aufstellung, die in dieser Form nicht nach Moskau geschickt worden ist. Sie diente der Vorbereitung von Remigrationsbitten an die KPdSU.⁸⁷ Anders als die bis 1947 abgesandten Listen läßt sie sich wohl als Reaktion auf die Erfahrungen verstehen, die mit den „Anforderungen“ und den damit eingehandelten Ablehnungen gemacht worden waren.

Im Juni 1949 reiste Wilhelm Pieck nach Moskau. Für die Sache der Remigranten brachte er so eindeutige wie für die SED wenig erfreuliche Ergebnisse zurück. Diese Ergebnisse sind in einem Vermerk des Büros Pieck (E. Winter) vom 9. Juni 1949 zum Thema „Anforderungen von Genossen aus der UdSSR“ festgehalten.⁸⁸ Bei fünf Angeforderten wurde die Rückkehr abgelehnt, dreimal hieß die sowjetische Antwort „kann nicht zurückkommen“ oder „soll vorläufig in der SU bleiben“, zu zwei Personen gab es einen Prüfauftrag für die SED. Dazu kamen dann noch einige Personen, zu denen die sowjetische Seite keine Angaben hatte; zwei angeforderte Kriegsgefangene waren bereits im November 1948 angekommen.

84 Zur Sowjetbürgerschaft siehe die undatierte Liste „Adressen von deutschen Genossen, die in der Provinz wohnen“. SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 375–380, mit entsprechenden Angaben.

85 Vermerk „Bereich Staatsbürgerschaftsfragen/Interessenwahrnehmung“ betr. Abschluss der Rückführungen ehem. PE aus der UdSSR in die DDR. Vorbereitung eines kurzen Abschlußberichtes, Berlin, 12. Juni 1962. PA AA Bestand MfAA C 520/76, Bl. 230. Zur Problematik der Sowjetbürgerschaft und der Entlassung im übrigen unten S. 27 und 35 f.

86 Undatierter Vermerk mit acht Mitteilungen vom ZK d. KPdSU. SAPMO BArch DY 30 IV/2/11/258, Bl.412.

87 Stark: Remigration aus der UdSSR, S. 252; SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 11. Die Liste enthält unter anderem sieben Namen mit dem Vermerk „haben wir keine Angaben über ihren Verbleib“, darunter der 1941 erschossene Erich Birkenhauer. Die Liste ging auch an Ulbricht, Dahlem und Schwotzer/Pers. Polit. Abteilung. Sie scheint die 1946 von Ulbricht erklärte Unkenntnis vom Schicksal vieler Genossen zu bestätigen (siehe Anm.36).

88 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 29.

Anscheinend erst im September 1949 leitete die Kaderabteilung den ersten Einzelfall einer Remigration dem an die Stelle des ZS getretenen Sekretariat des ZK zur Beschlußfassung zu;⁸⁹ die Remigrationssachen galten als besonders vertraulich und wurden den Mitgliedern des ZK-Sekretariats zu den Sitzungen als „Persönliche Ver- schlußsache“ zugeleitet.

Während sich das Sekretariat des ZK schon im November 1949 mit der Überprüfung von Parteimitgliedern aus westlicher Emigration und Kriegsgefangenschaft befaßt hatte,⁹⁰ wird erst um die Mitte der 1950er Jahre erkennbar, daß dort – nach der frühen Rückkehr der „aktiven Emigranten“ – nicht nur Einzelfälle der SU-Remigration behandelt werden sondern umfangreiche Gruppenfälle oder über den Einzelfall hinausgehende Fragen der Rückführung von PE aus der SU.⁹¹

Ob darüber hinaus früh remigrierte Genossen, die sich angesichts ihrer Rehabilitierung nach der Jeschowschina als besonders parteitreue (das hieß damals Stalintreue) Parteimitglieder empfanden, die Remigration ehemals repressierter Genossen nicht nur nicht unterstützt, sondern womöglich gar behindert haben, wie Meinhard Stark annimmt, wird sich angesichts fehlender Quellen heute nur schwer mit hinreichender Sicherheit verifizieren lassen.⁹² Als Nachwirkung der in Moskau jahrelang geübten wechselseitigen Denunziation und als Spätfolge der Zugehörigkeit zu der „Mitmachgesellschaft“ des Stalinismus erscheinen die von Stark dargestellten Tendenzen einleuchtend; einzelne solcher Fälle sind dokumentiert.⁹³ Solcher „Spätstalinismus“ entsprach auch durchaus der Haltung der Parteiführung, deren Verständnis von der unbedingten Treue zu Stalin auch die Überzeugung einschloß, daß die Säuberungen der 1930er Jahre und die Verfolgung der „Volksfeinde“ samt ihren Angehörigen so notwendig wie berechtigt gewesen seien. Für sie stand lange fest, daß den Repressierten recht geschehen war und daß es keinen guten Grund gab, die den Verhaftungen folgenden Parteiausschlüsse und die Verfemung der Betroffenen zu revidieren. Die Partei ließ sie im *Neuen Deutschland* vom 13. Juni 1951 noch einmal zu „faschistischen Agenten“ erklären, deren Verhaftung berechtigt gewesen sei. Der 1940 in Brest-Litowsk dem Sicherheitsdienst (SD) des NS-Regimes übergebenen Margarete Buber-Neumann sagte sie nach, sie sei ja freiwillig nach Deutschland gefahren, nachdem es ihr in der SU als Partnerin eines „trozkistischen Gestapo-Agenten“ ungemütlich geworden sei.⁹⁴

89 SAPMO BArch DY 30/J IV 2/3/53, Lotte Templer und Sohn. Erler hatte 1993 noch die erste Behandlung einer Serie von Fällen (unter anderem Stich, Lose, Biewald) im Mai 1950 als erste überhaupt im ZK-Sekretariat behandelte Fälle angesehen.

90 SAPMO BArch DY 30/J IV 2/3/63.

91 SAPMO BArch DY 30/J IV 2/3/457 vom 23. Februar 1955 und ebd., Bl. 485, August 1955.

92 Stark: Remigration, S. 252 f., weist auf solche Tendenzen eingehend hin. Noffkes Tochter Inga Wolfram ist nach eigener Auskunft im Ergebnis ihrer Nachforschungen sicher, daß der „Erzfeind Walter Ulbricht“ die Rückkehr des schon 1945 für den Einsatz in Deutschland in Aussicht genommenen Ernst Noffke bis 1952 verhindert habe.

93 Siehe etwa Müller, Reinhard: Denunziation und Terror: Herbert Wehner im Moskauer Exil. In: Zarusky, Jürgen (Hrsg.): Stalin und die Deutschen, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer. München 2006, S. 43–57. Fall Alfred Kurella: Widerstand von Pieck und Becher gegen Ulbrichts Wunsch, aber Vermerk vom 11. Oktober 1949: „nach eingetroffenen Informationen hat Gen. Pieck seine Bitte über Rückkehr Kurellas zurückgezogen“, siehe SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 30 f. Fälle Kreszentia Mühsam und Erna Wengels, Stark: Remigration, S. 252, mit weiteren Nachweisen.

94 Zitiert nach Stark: „Ich muß sagen...“, S. 186, der in seiner Schrift die spätstalinistischen Verfolgungen deutscher Genossen durch die SED mit einer Reihe eindrucksvoller Beispiele in Erinnerung gerufen hat. M. Buber-Neumann, siehe Schafranek, Hans: Zwischen NKWD und Gestapo. Frankfurt am Main 1990, S. 194–208.

Im Herbst 1949 wurde in Moskau eine diplomatische Mission der eben gegründeten Deutschen Demokratischen Republik eröffnet. Ihr erster Chef war der Sudetendeutsche und Moskau-Remigrant Rudolf Appelt⁹⁵, der sich nach erfolgreicher Abwicklung der Übersiedlung der „antifaschistischen“ Sudetendeutschen in die sowjetische Besatzungszone im innerdeutschen Handel bewährt hatte. Sein 1. Rat war übrigens Markus Wolf, ebenfalls Moskau-Remigrant und späterer Chef der DDR-Auslandsspionage. Das MfAA der DDR übernahm es, die Verbindung zwischen dem ZK der SED und der Mission zu vermitteln, das ganze Problem anhand der Aufzeichnungen und Berichte der Mission über die Kontakte zu Dienststellen der UdSSR zu verfolgen, den Ablauf der Übersiedlung zu kontrollieren und bei Schwierigkeiten Lösungen zu erarbeiten. In Absprache mit dem ZK hatte das Ministerium der Mission Hilfe und Anleitung zu geben. Sache der Mission sollte es sein, mit den sowjetischen Dienststellen – Außenministerium, Sowjetisches Rotes Kreuz, ZK der KPdSU – zu besprechen, was immer der alsbaldigen Übersiedlung solcher ehemaligen PE und ihrer Angehörigen diene, die die Einreisegenehmigung für die DDR hatten.

Zwar wurde diese Aufgabenverteilung im Sommer 1958 niedergeschrieben. Aber sie entsprach dem, was wohl von Beginn der Arbeit der Mission an galt. Allerdings fiel der Mission, später der Botschaft, praktisch mehr an Arbeit zu, weil sie rasch für viele PE, die Zugang zu ihr fanden, die erste und unmittelbare Anlaufstelle für alle Probleme im Zusammenhang mit der angestrebten Rückkehr wurde. Nach innen galt in der DDR zu jeder Zeit die Federführung der Partei: „Fragen der Übersiedlung ehemaliger Politemigranten aus der UdSSR in die DDR unterliegen der Bearbeitung durch das Zentralkomitee der SED. Das ist für alle Fragen über die Entscheidung, ob es sich um einen ehemaligen PE handelt, über die Befürwortung der Einreise, über die Unterbringungs- und Arbeitsmöglichkeiten, über evtl. finanzielle Unterstützung am Wohnort in der UdSSR [sic!] etc. verantwortlich.“⁹⁶ Die Nachricht von der Einrichtung der diplomatischen Mission muß sich sehr rasch unter den Emigranten verbreitet haben. Ganz bald wurde diese Einrichtung zum Anlaufpunkt für deren Remigrationsanträge. Einen der ersten Anträge schickte schon im November 1949 Else Stark aus Karaganda.⁹⁷ Ihr wurde allerdings lange nicht geholfen; erst 1956 kam sie zurück. Bald häuften sich die Anträge auf den Moskauer Schreibtischen, die zur Weiterbearbeitung nach Berlin an die Kaderabteilung der Partei gingen.

Anträge kamen vor allem von solchen Emigranten, deren Anforderung durch die Partei von sowjetischer Seite abgelehnt worden war.⁹⁸ Nach einem guten halben Jahr seiner Amtstätigkeit reklamierte der Missionschef in einem Brief an Wilhelm Pieck zum Teil seit Ende Januar 1950 ausbleibende Antworten auf die Anträge.⁹⁹ Appelt war damit auch insofern an der richtigen Adresse, als es Wilhelm Pieck war, der von seinem Moskau-Besuch im Juni 1949 so eindeutige wie für die SED wenig erfreuliche Ergebnisse mitgebracht hatte. Sie waren wohl mindestens eine, wenn nicht die Ursache für

95 Er war nach Prag im Juni 1945, nach Berlin im April 1946 gekommen.

96 Vertraulicher Vermerk „Übersiedlung ehemaliger Politemigranten aus der UdSSR in die DDR“, PA AA Bestand MfAA B 3435, Bl. 1b-6 (2).

97 Mensing, Wilhelm: Von der Ruhr in den Gulag. Essen 2001, S. 328.

98 siehe abgelehnte Anforderung Helmuth Ahner von 1947, SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 408, eigener Remigrationsantrag an DDR-Mission vor 1951, PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd. 52, Bl. 1. Karl Dröll: Anforderung Mai 1947; September 1947 ablehnende Rückfrage Tschernow, eigener Antrag an Mission April 1951, Bl. 26/44. Gertrud Morgner-Hollein: Ablehnung 1947 und 1953, eigener Antrag an Mission vor 1951. PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd. 52, Bl. 33/47.

99 Schreiben vom 11. Mai 1950. SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 33, unter anderem wegen Radensleben und Frau, Lammert und Frau, Mutter und Tochter von Bastineller und Gertrud Morgner-Hollein.

die von Appelt beklagte Verzögerung. Nach solchem Mißerfolg für die Partei und auch für Wilhelm Pieck persönlich lag es nicht besonders nahe, gleich mit neuen Anforderungen an die Sowjets heranzutreten. Das umso weniger, als im Oktober vierzehn weitere Ablehnungen kamen.¹⁰⁰

Allerdings war die Kaderabteilung trotzdem seither nicht einfach untätig geblieben: Im Februar 1950 hatte sie dem ZK-Sekretariat Remigrationsvorschläge für schon einmal Abgelehnte vorgelegt.¹⁰¹ Bei erst jüngst Abgelehnten hatte man allerdings gezögert, gleich einen neuen Antrag zu stellen. Jedenfalls die Februar-Anträge waren nach Moskau gegangen. Erfolg im Sinne einer alsbaldigen Remigration hatten alle diese Anträge nicht, nicht einmal eine Antwort gab es bis Ende Mai darauf.¹⁰²

In Moskau war 1949 der Leiter der Konsularabteilung Josef Schütz zuständiger Bearbeiter für die Remigrationsanträge der PE geworden. Der wie sein Missionschef als „antifaschistischer Vertriebener erster Klasse“¹⁰³ aus dem Sudetenland in die SBZ gekommene, bis zum Dienstantritt in Moskau als leitender Polizeioffizier tätige Schütz scheint die Aufgabe mit seinen Mitarbeitern eher „über-obligationsmäßig“ angegangen zu sein. Er vermittelte seinem Missionschef bald den Eindruck: Die Lösung dieses Problems tut not.¹⁰⁴

Wenn der Missionschef Appelt, wie Stark begründet vermutet,¹⁰⁵ den Einsatz von Schütz zum Anlaß eines Vorstoßes bei der Partei – wohl bei Wilhelm Pieck – genommen hat, könnte das der Auslöser einer größeren Aktivität beim ZK zugunsten der Rückkehr noch in der SU ausharrender Emigranten gewesen sein. Wenn das so war, haben ganz gewiß auch die immer zahlreicheren und dringenderen Bitten von Angehörigen von PE, bisweilen auch von diesen selbst, ihren Beitrag zu solcher Aktivität geleistet. Ungeachtet des fortdauernden entschiedenen Stalinismus der Parteiführung unter Walter Ulbricht kam es im Frühsommer 1951 – fast gleichzeitig mit der bösen Polemik gegen die aus der SU abgeschobene Emigrantin Margarete Buber-Neumann – zu einer ersten über einen Einzelfall hinausgehenden Unternehmung zugunsten der PE nach den Anforderungen der Jahre 1945 bis 1947. Diese Unternehmung sollte aber zugleich auch einen Schlußstrich-Charakter haben.¹⁰⁶

Den unmittelbaren Anstoß für die Zusammenstellung einer Liste scheint der Bürochef des PolBüros, Otto Schön, gegeben zu haben. Der schrieb im April an die Kaderabteilung, er halte es für notwendig, die Frage der Emigranten, die noch in der SU seien, so schnell wie möglich zu klären; er habe dem Missionschef Appelt das bis zum 15. Mai

100 Ebd., Bl. 30 f. Es findet sich dann statt der früher üblichen „Anforderung“, wie schon einmal im Dezember 1948 (ebd., Bl. 21) die Formulierung „Rückkehr überprüfen“.

101 Maria Riwkin und Tochter, Arthur Wilde (Fritz/Franz Rotter) mit Frau und Neffe, das Ehepaar Radensleben und die Familie Lammert. Im Mai 1950 folgten Anträge für E. Krause (Jahnen) und B. Lask.

102 „Hausmitteilung“ Schwotzer an Pieck vom 1. Juni 1950, ebd., Bl. 35.

103 Siehe dazu Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) (1945–1949). Berlin 1997; Van Hoorn, Heike: Neue Heimat im Sozialismus, die Umsiedlung und Integration sudetendeutscher „Antifa“-Umsiedler in der SBZ/DDR. Essen 2004.

104 In einer Vorlage von Ende Februar 1951, die wohl auch die Konsequenz aus einer verunglückten Antwort an den Missionschef vom 16. Februar war. Darin hatte der Genosse von fehlenden Personendaten im ZK geschrieben, obwohl – wie der Bürochef Schön im April richtigstellte – „die Lebensläufe mit allen Daten und Angaben für die noch in der Sowjetunion befindlichen Emigranten hier seit Anfang vergangenen Jahres vorliegen müssen.“

105 Stark: Remigration aus der UdSSR, S. 253.

106 Solch einen Schlußstrich wollte das PolBüro der SED schon in seiner Sitzung am 4. Januar 1950 auch unter das Thema „Kriegsgefangene“ setzen, als es den Punkt „Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion“ auf die Tagesordnung setzte. SAPMO BArch DY 30/IV 2/2/65, TOP 17.

versprochen.¹⁰⁷ Daß Schön dies gegen den Willen oder auch nur ohne Kenntnis Walter Ulbrichts betrieben hat, wird man ausschließen können. Dessen und auch Dahlems Einverständnis mit dem Unternehmen ist auch deshalb höchst wahrscheinlich, weil es sich hier – auch angesichts der nachträglichen Ergänzungen der Liste im Herbst – zunächst viel mehr um eine Bestandsaufnahme als um einen unmittelbaren Vorstoß zur Rückholung der noch in der SU lebenden PE handelte. Denn nach den früheren Erfahrungen mit der KPdSU, bei der auch die dritte oder vierte Anforderung von Emigranten in einer mehr oder minder variierten Liste erfolglos geblieben war, mußte klar sein, daß eine listenförmige Anforderung der PE, schon gar in größerer Zahl, nicht zielführend sein könnte. Die Kaderabteilung erarbeitete für das ZK-Sekretariat eine Vorlage mit zunächst 118 Namen von Helmut Ahner bis Ferdinand Ullrich. Sie enthielt jeweils eine ganz knappe biographische Notiz bezüglich der „Rückführung des Restes der deutschen Emigranten aus der Sowjetunion“ mit der Bitte um Zustimmung und einen wesentlichen Zusatz: falls das ZK der KPdSU ihre Ausreise befürwortet. Nicht einmal, wenn sie unverändert realisiert worden wäre, hätte diese Liste vom Frühsommer 1951 den „Rest“ der Emigranten umfaßt.¹⁰⁸ Schon in den folgenden Monaten mußte sie mit mehreren Ergänzungen nachgearbeitet werden.¹⁰⁹

Die „Rest“-Liste von 1951 ist anscheinend nie über das Stadium eines Beschlußentwurfs hinausgelangt. Wenn das zutrifft, würde es die Annahme bestätigen, daß es um eine Bestandsaufnahme ging, nicht um die Vorbereitung einer alsbaldigen Bitte, die Remigration so vieler PE freizugeben. Schon in der Vorlage und erst recht in der Formulierung des Beschlußentwurfs für das ZK-Sekretariat kommen die Unsicherheit über das ganze Unternehmen zum Ausdruck: Man kenne weder die derzeitige Situation der aufgeführten PE noch ihre Haltung in den vergangenen Jahren. Dem entspricht der Vorschlag: Rückführung, „falls das ZK der KPdSU ihre Rückreise befürwortet“. Sichtbarer Ausdruck dieser Unsicherheit auf Seiten der DDR war etwa das Vorgehen im Falle von Maria Riwkina, für die Frieda Rubiner über Wilhelm Pieck einen Rückführungsantrag gestellt hatte. Die Angelegenheit war wichtig genug, sogar das Politbüro im Mai 1951 zu beschäftigen. Frau Riwkina wurde nach Beschlüssen des ZK-Sekretariates vom Februar 1950 und Mai 1951 nicht mehr „angefordert“, auch nicht „angefragt“. Vielmehr wurde ein Beschluß „über die Aufnahme von Rückkehrverhandlungen mit den zuständigen Stellen“ gefaßt.¹¹⁰ Das fügt sich völlig in den Umgang mit der „Rest“-Liste.

Diese Ungewißheit wurde noch einmal deutlich sichtbar, als Otto Schön im Oktober 1951 Anton Ackermann, zu dieser Zeit Staatssekretär im MfAA, auf eine Anfrage wegen der noch in der SU lebenden PE antwortete, daß „wir nicht in der Lage sind [zu sagen], bei welchen der in Frage kommenden Antragsteller die sowjetischen Stellen mit der Einreise einverstanden sind.“ Die Kaderabteilung sei außerstande die Verantwortung für die Anforderung von PE zu übernehmen, „deren Haltung in der Sowjetunion in den letzten Jahren“ sie nicht prüfen könne. Schön erinnerte gesprächsweise in

107 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 43, „Hausmitteilung“ vom 17. April 1951.

108 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/258, Bl. 45–59 und Bl. 45–65. Der Entwurf trägt (von Schön?) den handschriftlichen Vermerk „noch einmal überarbeiten“. Er enthält zahlreiche handschriftliche Ergänzungen, vor allem im Hinblick auf die Sowjetbürgerschaft Anzufordernder oder ihrer Ehegatten.

109 Fast vier Jahre später präsentierte die gleiche Kaderabteilung dem Sekretariat zur Sitzung vom 23. Februar 1955 eine Vorlage zur „Einreiseerlaubnis für 68 ehemalige Polit-Emigranten oder deren Angehörige aus der SU in die DDR“, selbst da ging es noch nicht wirklich um einen „Rest“. SAPMO BArch DY 30/J IV 2/3/457, P. 12.

110 SAPMO BArch DY 30 J IV/2 3/84 und 199 in Verbindung mit PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd. 52, Bl. 14.

diesem Zusammenhang ausdrücklich an den Mißerfolg von Wilhelm Pieck, der auf von ihm weitergeleitete Anträge nicht einmal eine Antwort bekommen habe.

Dann schob er, sicher mit Billigung seiner Vorgesetzten, die Verantwortung für den Umgang mit den noch nicht remigrierten PE an Anton Ackermann: Er möge doch bei den „Freunden“ anfragen, bei welchen Ausreisewilligen ihrerseits keine Bedenken gegen die Ausreise aus der SU und die Einreise in die DDR [sic!] bestünden.¹¹¹ Das bedeutete auch: Wegschieben von der Partei zur Regierung der DDR. Zwar war Ackermann natürlich ein Mann der Partei, aber hingeschoben wurde ihm das Problem als Regierungsmitglied.

Den „Freunden“ sollte nicht nur die Entscheidung über das Schicksal eigener Genossen ganz und gar überlassen werden. Sie sollten auch darüber entscheiden, bei wem die „Bruderpartei“ das Risiko übernehmen könne, ihn ins Land zu lassen. Damit hatte die Partei erst einmal eine Begründung dafür, wenig bis nichts in Sachen Rückholung der noch in der SU lebenden PE zu unternehmen. Daß Ackermann mehr erreicht hätte als die Kaderabteilung, ist nicht erkennbar. Vielmehr empfahl er selbst im Februar 1952 im Gespräch mit Joos (Kaderabteilung), „daß man im Moment abwarten muß, was die bisherigen Bemühungen, die wir in Moskau unternommen haben, ergeben werden.“ „Unsere dortigen Freunde“ – damit waren offenbar die Mitarbeiter der Botschaft gemeint – täten alles mögliche, „um zunächst erst einmal für ca. 20 – 30 Fälle, soweit es von der Partei der Bolschewiki [sic!] für tragbar und empfehlenswert gehalten wird, die Rückkehr zu erwirken. Allerdings wird das einige Zeit dauern.“¹¹² Das war überdeutlich: Die SED sah sich, positiv ausgedrückt dem Wohlwollen, negativ der Willkür der „Bolschewiki“ in Moskau ausgeliefert, was das weitere Schicksal ihrer meist seit zwanzig Jahren in der SU lebenden Genossen anging.

Schon einige Zeit zuvor, unter dem 22. August 1951, hatte die Kaderabteilung des ZK selbst „eine Kopie unserer Aufstellung von 118 deutschen Emigranten, die [...] beabsichtigen, in die Deutsche Demokratische Republik zurückzukehren“, abgeschlossen am 12. Juni 1951, dem DDR-Missionschef in Moskau zugeleitet. „Wie vereinbart“ hieß es dazu – was etwa über die bloße Information hinaus vereinbart worden sein sollte, blieb unausgesprochen. Der Botschafter hatte auf dem Brief verfügt: „H. Schütz zur Aufbewahrung und Information“. Der allerdings hat die Zusammenstellung nicht zu den Akten gelegt, sondern sie über Jahre hinweg als Arbeitsgrundlage genutzt. Er hielt fest, zu wem ein Remigrationsantrag bei der Mission vorlag, wer die sowjetische Staatsbürgerschaft hatte, trug Adressen und Personendaten nach und vermerkte bis Ende 1954 jede Rückkehr in die DDR darin.¹¹³

Schütz, seine Kollegen und ihre Nachfolger scheinen für ihre Arbeit übrigens nicht nur zum sowjetischen Außenkommissariat, sondern immer auch zum ZK der KPdSU unmittelbaren Kontakt unterhalten zu haben. Mindestens einmal wurde das eindeutig aktenkundig gemacht. Im Tätigkeitsbericht der Konsularabteilung für das 1. Quartal 1958 heißt es: „Im abgelaufenen Quartal wurde besonders die Zusammenarbeit mit dem ZK der KPdSU eng betrieben. In zahlreichen Fällen wurde (wenn auch meist tele-

111 Antwort an Anton Ackermann vom 29. Oktober 1951, SAPMO BArch DY 30/IV 2/1/188, zitiert nach Stark: Remigration, S. 254. Zwar gelang es nicht, diese Antwort aufzufinden, aber eine Aktennotiz von Joos über ein Gespräch mit Schön vom 29. Oktober 1951 (ebd., Bl. 69) entspricht fast wörtlich dem von Stark zitierten Brief.

112 Aktennotiz Joos vom 25. März 1952. SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 96.

113 PA AA Bestand MfAA A 1050, Bd 52, Bl. 22–42 und Bl. 49 und „Liste der künftig verwendbaren Mitglieder“; Erler, Peter: „Heeresschau und Einsatzplanung“, S. 69.

fonisch) eine gegenseitige Konsultation durchgeführt. Das hat sich einige Male als sehr zweckmäßig erwiesen und wird auch weiter so gehandhabt werden.“¹¹⁴

Für die Jahre von 1945 bis 1954 gibt es, aus unterschiedlichen Quellen, einige Angaben, die es erlauben, jedenfalls Näherungswerte für die Remigrationen aus der Sowjetunion anzugeben. Nachdem in den Jahren 1945 bis 1947 insgesamt zwischen 400 und 500 Personen aus der SU remigriert waren, gingen deren Zahlen ab 1948 stark zurück. Eine vom Leiter der Politischen Abteilung der Gesellschaft des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes der UdSSR, Scharonow, mitgeteilte, von 1945 bis etwa Mitte 1954 reichende Tabelle, die Änne Kundermann der Kaderabteilung übermittelte,¹¹⁵ kann nicht ganz zutreffend sein. Die Remigrantenanzahl im Jahr 1945 war nach den aktenkundig erfaßten Personen offenkundig mehr als doppelt so hoch wie die genannte von 83.¹¹⁶ Die Zahlen der Jahre 1946 und 1947 scheinen mit 197 und 207 eher um ein Viertel bis ein Drittel zu hoch angegeben;¹¹⁷ aber die Tendenz der Tabelle mit in der Summe 658 Personen entspricht anscheinend der Realität, und die Gesamtzahl kommt ihr wohl nahe.

Der Bitte um Freigabe der Ausreise ging eine Prüfung auf seiten der SED voraus, die Kaderabteilung beteiligte dabei die seit Herbst 1948 bestehende ZPKK.¹¹⁸ Vorsorglich wurden Parteistrafen und stalinistische Repressionen zum Anlaß genommen, Remigrationsanträge zurückzustellen. Eigene Remigrationsbitten oder solche von Dritten für so Betroffene wurden in vielen Fällen von sowjetischer Seite nur mit großer Verzögerung erfüllt. Ein zaghafter Anlauf der Kaderregistratur im Oktober 1953, mit einer Nachfrage bei Grete Keilson die Anforderung einer kleinen Gruppe von Emigranten in Moskau in Gang zu bringen, blieb offenbar in der Parteibürokratie stecken.¹¹⁹

Insgesamt konnten für 1952 und 1953 nur je eine Handvoll, für 1954 dann immerhin wieder circa 35 Remigranten namentlich ermittelt werden. Unter den 1954 Remigrierten waren etliche, die bereits 1947 (vergeblich) angefordert worden waren oder deren Rückkehr 1950 im ZK-Sekretariat beschlossen worden war, also lange Zeit anhängige Fälle; für 1955 kann man den Aufzeichnungen von Botschaftsrat Schütz mindestens 35 Remigranten entnehmen.¹²⁰

Auf sowjetischer Seite änderten sich zu Beginn des Jahres 1954 Zuständigkeiten. Hier übertrug das ZK der KPdSU die Bearbeitung der Remigrationsanträge an das Rote Kreuz/Roter Halbmond; die Akten der SED und des MfAA liefern keinen Hinweis, warum es zu diesem Wechsel kam. Wohl ist sichtbar, daß diese Zuständigkeitsveränderung mit der begrenzten, leisen Entstalinisierung um diese Zeit zusammenfiel, die auch manche bis dahin Verbannte und Zwangsangesiedelte verspürten. Einige konnten nun innerhalb der SU reisen, konnten in Moskau nach Freunden Ausschau halten, lan-

114 PA AA Bestand MfAA B 3435, Bl. 188.

115 Schreiben Kundermann an Joos/ZK – Kaderregistratur vom 22. Juni 1954. SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 103/104.

116 W. Hedeler hat für 1945 gar 212 ermittelt.

117 Unsicherheit besteht vor allem hinsichtlich Zahl und Identität der mitgekommenen Familienangehörigen; durch sie könnten die sowjetischen Zahlen womöglich annähernd erreicht werden.

118 Die ZPKK verweigerte zum Beispiel im Juni 1953 die Zustimmung zur Remigration von G. Morgner.

119 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 97 bis 102.

120 Eine durchgehende Registrierung durch die SED für diese Zeit fehlt; die Gesamtzahl war wohl eher höher. Eine undatierte Liste wohl aus dem Jahre 1955 weist für die Zeit von 1952 bis Januar 1955 etwa 40 zurückgekehrte PE (einschl. der Familienangehörigen etwa 70 Personen) aus. SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188 Bl. 136–138. Liste Schütz: PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd 52, Bl. 43–51. Tatsächlich dürften es noch etliche mehr gewesen sein angesichts des im Februar 1955 gefaßten Rückkehrbeschlusses für 68 PE. SAPMO BArch DY 30/J IV 2/3/457 P. 12.

ge entbehrte Kontakte wieder aufleben lassen. Aus einem Vermerk von Schütz geht hervor, daß er die von ihm bearbeitete Liste der Kaderabteilung vom Juni 1951 am 3. März 1954 für ein Gespräch mit seinem neuen Gesprächspartner, dem Genossen Scharanow beim sowjetischen Roten Kreuz, verwendet hat. Ihm übergab er noch im gleichen Monat eine offenbar von ihm auf dieser Grundlage gefertigte Liste, verkürzt um die Angaben zur Vorgeschichte der Betroffenen, von 119 – inzwischen teilweise erledigten – Remigrationsfällen. Drei Monate später besprach Schütz diese Liste mit Scharanow. In der Liste hielt er Rückkehrzeitpunkte bis Juni 1955 fest.¹²¹ Unmittelbarer Erfolg oder Mißerfolg seines Gesprächs mit Scharanow lassen sich an der Liste nicht ablesen.¹²²

Eine gute Weile später erst, Anfang 1957, bestätigte sich für die DDR-Seite, daß sich mit der Verschiebung von Zuständigkeiten zum Roten Kreuz auf sowjetischer Seite auch ein Schwerpunkt bei der Behandlung der Remigrationsangelegenheiten verlagert hatte; das Gespräch war zu dieser Zeit auf Wunsch der DDR-Seite zustande gekommen. Diese fürchtete, gegenüber dem Deutschen Roten Kreuz der Bundesrepublik Deutschland mehr und mehr ins Hintertreffen zu geraten.¹²³ Es stand nun – Jahr und Tag nach Stalins Tod – nicht mehr die selbst erfahrene Repression im Vordergrund oder die Tatsache, daß jemand Familienmitglied eines „Volksfeindes“ war. Angedeutet hatte sich das schon durch eine erste von Änne Kundermann (MfAA) übersandte Liste mit etwa 25 Personen, deren Ausreise sie avisierte.¹²⁴ Deutlicher wurde es mit einer umfangreicheren Liste (circa sechzig Personen) vom September 1954, übermittelt von der Moskauer Botschaft. Darin wurde die bevorstehende Remigration einer ganzen Anzahl Repressierter angekündigt.¹²⁵

Nun zählte besonders das Kriterium der Staatsangehörigkeit. Ausreiseanträge für Personen, die „die sowjetische Staatsangehörigkeit angenommen [hatten]“, gingen an das örtliche Rote Kreuz, von dort über die Zentrale einerseits zur Botschaft, parallel zur Innenverwaltung (zuständig für Entlassungen aus dem Staatsverband). Bei Personen anderer Staatsangehörigkeit oder solchen, die ohne Staatsangehörigkeit auf Grund einer Aufenthaltsgenehmigung in der SU lebten, entschied dagegen die örtliche Miliz. Sie erhielten, wenn sie Deutsche gewesen waren, einen DDR-Personalausweis von der Botschaft. Allen Antragstellern, so versicherten die Vertreter des sowjetischen Roten Kreuzes, werde bei der Beschaffung der nötigen Papiere mit Rat und Tat geholfen. Dieses Verfahren galt wohl seit Beginn der Rot Kreuz-Zuständigkeit.

Die Staatsangehörigkeit war bei den Remigrationen der „Angeforderten“ in den 1940er Jahren jedenfalls nicht in nachvollziehbarer Form angesprochen worden, wenn manche Ablehnungen ihre Bedeutung auch für die damalige Zeit nahelegen mögen.

121 PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd 52, Bl. 43–51.

122 Nur im Fall von Arthur Wilde (Franz Rotter) ist ein direkter Zusammenhang sichtbar, wenn auch Ursache und Wirkung nicht eindeutig zu erkennen sind. Schütz notierte am 12. März 1954 zu ihm: „Scharanow bittet um Ausstellung seiner Bescheinigung“; das ZK-Sekretariat hatte zwei Tage zuvor entsprechend beschlossen. PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd 52, Bl. 32 und SAPMO BArch DY 30/J IV 2/3/422, Protokoll Nr. 10/54 vom 10. März 1954.

123 Gespräch vom 17. bis 21.2.1957, PA AA Bestand MfAA C 520/76, Bl. 28–38 (28, 29, 33). Das DRK der Bundesrepublik habe „Vereinbarungen [erreicht], [...] die in ihrer Wirksamkeit diesbezügliche Abmachungen mit der DDR weit übertrafen“, gestand man sich auf DDR-Seite ein.

124 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 103/104.

125 Zum Beispiel K. Dröll, E. Hämmerling, A. Kraft, W. Radensleben, L. Rautenberg, N. Steinberger, und Frauen oder Töchter Erschossener, zum Beispiel E. Dattan – auch selbst im Gulag gewesen, G. Margies-Stenzel, E. Karas, A. Tobeler, SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 105 vom 21. September 1954. Unter dem 15. März 1955 schickte Botschaftssekretär Schütz noch eine weitere Liste mit 18 Personen, die „in den nächsten Tagen/Wochen ihren Sowjetpass für die Ausreise aus der UdSSR in die DDR“ erhalten, ebd., Bl. 112.

Jetzt war die Staatsangehörigkeit eine Verfahrensgrundlage. Dabei wurde die später vollzogene Unterscheidung zwischen Einbürgerungen vor oder nach dem Stichtag 22. Juni 1941 hier jedenfalls noch nicht ausgesprochen, auch wenn man die Formulierung „angenommen haben“ als Unterscheidung zu dem späteren Aufzwingen verstehen kann. Diesem Stichtag maß dann das DDR-Außenministerium entscheidende Bedeutung zu: Nach diesem Tag gab es aus seiner Sicht grundsätzlich keine frei beantragte und gewährte Einbürgerung mehr, die Betroffenen hatten also aus DDR-Sicht ihre deutsche Staatsangehörigkeit nicht verloren.¹²⁶

IV. Remigrationen seit 1955

In den Jahren 1954/55 zeigt sich unübersehbar eine deutliche Zurückhaltung der SED gegenüber der „Heimholung“ weiterer PE. Sie galt für die Behandlung von Einzelfällen, wie etwa am Beispiel von Käthe Hotopp, Bruno Metzler/Isidor Kugler und Kreszentia Mühsam zu sehen ist. Im Januar 1955 zeigte das MfAA der Botschaft an, mit nächster Post werde ein konkreter Bescheid kommen. Als bis März keine Nachricht gekommen war, reklamierte die Botschaft eine baldige zufriedenstellende Antwort; sie wies darauf hin, daß schon lange die Ausreisegenehmigungen vorlägen.

Und die Botschaft lieferte einen eingehenden Bericht über das Ergebnis der Gespräche mit dem sowjetischen Roten Kreuz: Dort legte man Wert darauf, daß sobald wie möglich „alle ehemaligen deutschen PE, soweit sie beim Roten Kreuz registriert sind und von den zuständigen Sowjetbehörden die Ausreise-Genehmigung erhalten, in die DDR, ob mit Sowjetpaß oder provisorischem Reiseausweis, in die DDR zurückkehren.“ Die dazu in Listen aufgeführten Personen waren ganz überwiegend Sowjetbürger. Beim sowjetischen Roten Kreuz, so berichtete der Botschaftsrat Schütz, sei man der Meinung, daß die DDR sie desungeachtet einreisen lassen sollte. Durch die Partei stellen könne ja „veranlaßt werden, dass die zurückgekehrten ehemaligen PE mit Sowjetpaß ihre sowjetische Staatsbürgerschaft ablegen, da dies viel einfacher [sei], als wenn dieselben in der UdSSR leben und sieben Monate bis ein Jahr auf Entscheidung auf Ablegung oder Ausschluß aus der Sowjetischen Staatsbürgerschaft warten.“

Während dies noch referiert erscheint, teilte Schütz dann in der im Dienstschreiben eines Behördenmitarbeiters eher ungewohnten „Ich“-Form seine Meinung mit, „daß [zu ergänzen wohl „wir“] alle ehemaligen deutschen PE, die in die DDR zurückkehren wollen und von den zuständigen Sowjetbehörden die Ausreise aus der UdSSR erhalten, nicht ablehnen können und auch nicht ablehnen sollten, auch wenn sie Sowjetpaß haben“, wofür sie Gebühren von 400 bis 460 Rubeln an die Milizbehörden zu entrichten gehabt hätten. „Sobald ehemalige PE mit Sowjetpaß in die DDR einreisen wollen, müssen sie unverzüglich vor ihrer Ausreise aus der UdSSR zur Botschaft der DDR in Moskau kommen, wo ihnen erklärt [wird], d.h [sie] eine Erklärung zu unterschreiben haben, daß sie keinerlei Forderung an die Partei stellen und schließlich in der DDR die Sowjetische Staatsbürgerschaft abzulegen und die Deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen haben. Diese Erklärung kann man mit Unterschriftsleistung oder auch nur mündlich geben und verlangen.“ Schütz meinte, daß sein Vorschlag „in der jetzigen Lage der gangbarste“ sei.¹²⁷

126 Der Umkehrschluß, dass die früheren Einbürgerungen freiwillig waren, ist nicht gerechtfertigt. Die Biographien etwa der Wirtschaftsemigranten aus dem Ruhrgebiet zeigen, daß sie oft unter erheblichem Druck den Einbürgerungsantrag gestellt haben. Doch wurden und werden diese Einbürgerungen regelmäßig als wirksam mit der Folge des Verlustes der deutschen Staatsbürgerschaft angesehen.

127 Schreiben Botschaft Moskau an MfAA vom 18. März 1955, PA AA Bestand MfAA B 3435 Bl. 86–88.

Schütz dürfte damals noch nicht bekannt gewesen sein, daß im ZK Anfang Februar 1955 eine Entscheidung über die Remigration einer größeren Zahl von PE vorbereitet wurde. Die folgte zwar durchaus nicht seiner Vorstellung, alle von sowjetischer Seite freigegebenen Emigranten einreisen zu lassen, brachte aber einige Bewegung in die Remigration. Der Prozeß dieser Entscheidung und ihre Folgen sind teilweise aus den Akten ablesbar, da nicht nur die endgültige Vorlage für das ZK-Sekretariat, sondern auch vorangehende Entwürfe überliefert sind.¹²⁸ Interne Diskussionen hatte es anscheinend bei der Erarbeitung der Vorlage zur Frage der Parteizugehörigkeit der Remigranten gegeben. Während ursprünglich nach dem Entwurf bisherige Mitglieder von KPD, KPdSU und Komsomol in die SED übernommen werden sollten, mußte das nach der Abstimmung mit Hermann Matern eingeschränkt werden auf die Fälle, „in denen das Verhältnis zur Partei bisher absolut in Ordnung war.“ Das ließ Spielraum, ungeliebte Genossen zu disziplinieren. Offen ist, ob das wirklich Materns eigene Meinung oder die Auffassung der Mehrheit im Politbüro war. Denn noch im Januar 1955 hatte Joos der Genossin Werner mitgeteilt, nach Materns Auffassung sollten alle bisherigen Mitglieder von Partei oder Komsomol ohne erneute Vorlage „ihre Mitgliedschaft wieder in Ordnung bringen, wenn nicht etwas besonders Außerordentliches vorliegt.“ Das entsprach der ursprünglichen Fassung der Vorlage.¹²⁹

Von den 58 aufgelisteten Genossen kam ein großer Teil dann tatsächlich 1955 zurück; der erste, Ernst Bassy, noch im Februar 1955. Bei einigen gab es Verzögerungen, die bei Franz Leidereiter bis zum September 1956, bei Franz Leschnitzer gar bis zum Dezember 1959 gingen. Einige Emigranten von der Liste scheinen gar nicht in die DDR gekommen zu sein.¹³⁰

Nicht übersehen werden darf: Neben denen, die es zum Beispiel mangels Zugangs zur DDR-Botschaft gar nicht bis zu einem Remigrationsantrag schafften, gab es 1955 auch noch eine nicht eben kleine Zahl von Emigranten, die einen solchen Antrag gestellt hatten oder für die er gestellt worden war – ohne Ergebnis. Ohne Datum zwar, aber nach der Einordnung in der Akte in das (frühe) Jahr 1955 gehörend, existiert auch eine Liste mit 45 Emigranten, „welche sich persönlich oder durch ihre Verwandten mit der Bitte um Rückführung in die DDR an uns gewandt haben und noch keine Ausreiseerlaubnis aus der SU erhalten haben“.¹³¹ Auf dieser Liste finden sich Emigranten, von denen die letzten noch bis gegen Ende 1958 zu warten hatten, ehe sie ausreisen durften.

Ausreisewillige hatten sich nicht nur zu verpflichten, tatsächlich in die DDR zu kommen, sondern dort auch aktiv für die Partei tätig zu werden. Die Anweisung verlangte, den Sowjetbürgern unter den Rückkehrwilligen – sie bildeten die Mehrheit – „folgendes in geeigneter Form“ zu unterbreiten: „Eine Unterstützung in ihrer beruflichen Ar-

128 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/259, Bl. 4–15.

129 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 135.

130 Elsa Kreuser oder Elsa Utrainen etwa finden sich auf keiner mir bekannt gewordenen Remigrantenliste; vielleicht ist E. Utrainen unmittelbar nach Finnland gereist.

131 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/259, Bl. 33–40. Allerdings ist weder diese Liste noch die der 58 zur Einreise Freigegebenen ganz zuverlässig. Auf der 58er Liste findet sich unter Nr. 18 „Greizer, Elsa“ mit dem Zusatz „Näheres ist uns nicht bekannt“. Sie war anscheinend unter ihrem richtigen Namen Else Greiner bereits 1947 zurückgekehrt. Bei den 45 ohne Ausreiseerlaubnis finden sich unter anderem als Nr. 26 Erna Ruthmann, Rückkehr 1947, und als Nr. 33 Margarete Scheller, Rückkehr 1951. Kommunikationsprobleme kamen damals häufiger vor: Else Segers/Margarete Essmann, für die am 18. April 1956 im ZK-Sekretariat die Rückkehrgenehmigung erteilt wurde, war wohl schon seit 1954 in ihre alte Heimat Österreich remigriert, siehe Rizy, Lisl /Weinert, Willi: Österreichische Remigration aus der Sowjetunion Ein Beitrag zur Opferdiskussion. Wien 2009, S. 171 f.

beit, Besuch von Schulen usw durch die zuständigen Organe in der DDR, kann nur dann erfolgen, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit nach ihrer Rückkehr annehmen“ und sich verpflichteten, sich am politischen Leben in Deutschland zu beteiligen.

Für die Kinder der Rückkehrer galt: Es habe sich gezeigt, „daß gerade die Kinder der ehem. PE durch unsere Regierung jegliche Unterstützung in ihrer Weiterentwicklung verlangen, aber nicht die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen wollen. Das ist natürlich unmöglich. Sollten diese Meinungen auftreten, daß sie die sowjetische Staatsangehörigkeit nicht ablegen wollen, so muß ihnen gleich gesagt werden, daß für ihre Weiterbildung und Unterstützung im Studium von den zuständigen Organen in der DDR keine Mittel gezahlt werden, da dies nur an deutsche Staatsangehörige erfolgt.“¹³²

Andererseits bestätigt der strenge Hinweis der Partei auch, daß die Remigranten, wenn sie es denn in die DDR geschafft hatten, nicht alleingelassen wurden. Bis 1955 gewährte die Partei den Rückkehrern Unterstützung. 1955 wurde ihr die Belastung daraus allerdings zuviel. Sie behielt zwar die Bestimmung über die Rückkehr und die Unterbringung der Remigranten, reichte aber die Bereitstellung der finanziellen Hilfen für die aus der UdSSR zurückkehrenden PE an die Allgemeinheit weiter. Aus einem staatlichen Überbrückungsfonds erhielten die Remigranten 2 000, seit Dezember 1955 4 000 und seit Oktober 1956 6 000 Mark Unterstützung für ihre Ersteinrichtung in der DDR; die Kosten der Heimreise wurden bei Bedarf aus einem Dispositionsfond beim Finanzministerium bestritten, über den die Botschaft Moskau verfügen durfte.¹³³ Im Einzelfall gab es sogar Unterstützung für eine Emigrantin, deren Rückkehr sich verzögerte; als sie dadurch in Not geriet, billigte ihr das ZK-Sekretariat im Oktober 1956 vierhundert Rubel monatliche Unterstützung bis zu ihrer Rückreise zu.¹³⁴

Da es aus Sicht des sowjetischen Roten Kreuzes mit der Remigration nicht hinreichend zügig voranging, gab es im September 1955 eine recht nachdrückliche Mahnung an die DDR; das war offenbar eine Reaktion auf vergebliche mündliche Erinnerungen des Roten Kreuzes. Schon am 31. August hatte Schütz nach Berlin berichtet, daß das sowjetische Rote Kreuz „fast wöchentlich beim Unterzeichneten anfragt und um Nachricht bittet, welche PE ihre Rückreise in die DDR antreten können“ und beklagt, daß die Botschaft auf die Bitte um Einreisegenehmigungen für PE, deren Ausreise aus der SU längst genehmigt sei, seit Wochen keine Antwort, nicht einmal einen Zwischenbescheid erhalten habe.¹³⁵ Frau Sujetinowa, stellvertretende Abteilungsleiterin bei der Gesellschaft des Roten Kreuzes und Roten Halbmondes der UdSSR, hatte den Botschaftsrat Schütz zu sich gerufen, um ihn zu bitten, er möge bei den zuständigen Stellen des ZK der SED „baldigst erwirken wollen“, daß die auf einer von ihr übergebenen Liste aufgeführten Personen „schnellstens die Genehmigung zur Einreise in die DDR bekommen“.¹³⁶ Schütz brachte die nachdrückliche Mahnung von Frau Sujetinowa gleich anderntags nach Berlin auf den Weg. Er hatte zuvor schon beim MfAA einen seit Wochen unbeantworteten Brief angemahnt. Darin hatte er elf

132 Schreiben des MfAA an die Botschaft Moskau vom 23. März 1955; PA AA Bestand MfAA B 3435, Bl. 83 f.

133 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/259, Bl. 4/5; DY J IV 2/3 A-536 AP Nr. 33 vom 17. Oktober 1956 und PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd 55, Aktenvermerk Bl. 171/72.

134 Margot Tschernawina-Windhorst, geborene Kippenberger, SAPMO BArch DY 30 J IV 2/3 A-538 vom 31. Oktober 1956, Bl. 21.

135 PA AA Bestand MfAA B 3435, Bl. 80 und gleichlautend A 1065, Bd 55, Bl. 8, dort mit dem handschriftlichen Zusatz „u. Gen. Kundermann zur Kenntnisnahme“.

136 In Russisch verfaßte Liste mit circa 30 Personen, PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd. 52, Bl. 74 ff., beginnend mit Wilhelm Salau, endend mit Marie Schwab-Trottner. Beide standen auf der in Anm. 160 genannten Liste mit Personen, die noch keine Ausreisegenehmigung bekommen hätten.

PE aufgezählt, „die seit vielen Wochen auf die Rückführungsgenehmigung der DDR warten“. Schütz machte auf die veränderte politische Lage aufmerksam („politisch günstig!“), die es erforderlich mache, „dass die zuständigen Stellen im Ministerium, sowie auch im ZK der Partei die Rückführungsanträge von ehemaligen Politemigranten etwas schneller bearbeiten [...] Es ist unserer Meinung nach unmöglich, die Genehmigung über die Einreise in die DDR für ehemalige PE auf die lange Bank zu schieben.“ Die Akten zeigen, dass die Nachricht vom MfAA an das ZK weitergeleitet worden war; die Verzögerung hatte offenbar dort ihre Ursache.¹³⁷

Schütz selbst war, wohl bestärkt durch die Anmahnung von sowjetischer Seite, deutlich bemüht, die Remigration voranzubringen. In einem Brief vom 24. Oktober 1955 an das ZK der SED bat die Botschaft um die Einreisegenehmigung für 22 PE, für die sie die entsprechenden Anträge seit Anfang September nach Berlin geschickt hatte. Sie verband die Bitte mit der Mitteilung, sie sei „bestrebt, die Aktion der Rückführung ehemaliger deutscher Politemigranten noch in diesem Jahr abzuschließen“. Dafür wolle man alle Kraft einsetzen.

Mit dem „Abschließen“ kann angesichts des weit vorangeschrittenen Jahres schwerlich gemeint gewesen sein, daß die Betroffenen noch 1955 nach Deutschland kämen; allenfalls, daß bis dahin die Aus- und Einreisevoraussetzungen geschaffen seien. Tatsächlich scheinen alle aufgeführten PE im Laufe des Jahres 1956 zurückgekehrt zu sein mit der einzigen Ausnahme von Fanny Neumann, die erst im März 1957 zurückkam.¹³⁸

Auch in Berlin löste wohl der Vorstoß von Frau Sujetinowa eifrige Aktivität aus. Denn wenige Wochen später hatte Schütz über sein Ministerium die Meldung aus dem ZK auf dem Tisch, dass dort rund die Hälfte der aufgeführten Personen unbekannt seien; die Botschaft möge schnellstens [sic!] für das Beschaffen ihrer Unterlagen sorgen.¹³⁹ Diese Reaktion wirkt einigermassen irritierend, denn zu den angeblich „Unbekannten“ gehörten mindestens drei nach ihrer Verhaftung während der „Jeschowschina“ aus der Partei Ausgeschlossene,¹⁴⁰ dazu Familienmitglieder Ausgeschlossener wie Eva Bostedt¹⁴¹ oder Lia und Peter Tichauer¹⁴² und Margrit Knipschild, deren Rückkehr das ZK-Sekretariat bereits im Mai 1950 zugestimmt hatte. Ob hier Kommunikationsmängel zwischen den Kaderverantwortlichen zugrundelagen¹⁴³ oder was sonst die Ursache für solche schwer verständliche (vorgebliche?) Unkenntnis war, ist kaum noch zu klären.¹⁴⁴

137 PA AA Bestand MfAA B 3435, Bl. 75/76, 78.

138 In der Zeit vom 30. Juli 1954 bis zum 8. Dezember 1956 waren insgesamt etwa 160 ehemalige PE mit etwa 80 Angehörigen zurückgereist, davon 55 im 2. Halbjahr 1956. Im 1. Quartal 1957 wuchs die Zahl kräftig auf 56 Rückkehrer. Zum Ende des 1. Quartals 1957 lagen aber bereits wieder circa 90 neue Einreiseanträge ehemaliger Politemigranten vor; PA AA Bestand MfAA B 3435 Bl. 23, undatiertes Vermerk der DDR-Botschaft, und ebd., Bl. 238, Quartalsbericht der Konsularabteilung für das 1. Quartal 1957.

139 Ebd., Bl. 77.

140 Karl Haberstock (bürgerl. Willi Unsöld), Ausschluß 15. Januar 1938; Bernhard Ecks, Ausschluß 2. August 1937, stand in der Försterling-Liste von 1944 künftig verwendbarer Mitglieder; verzichtete auf die Remigration; Walter Reinhold, Ausschluß 2. August 1937. Ausschlüsse nach der Liste RGASPI 495/175/100.

141 Ausschluß Ehemann Karl Bostedt 16. November 1936.

142 Ausschluß Ehemann/Vater Heinz Tichauer 26. September 1937.

143 Schon 1951 hatte Botschafter Appelt an ein ZK-Schreiben, mit dem für die PE Else Krause und Lammert „genaue Angaben“ gefordert wurden, da es über sie „wenig Kenntnis“ gebe, die Randbemerkung geschrieben „Wo sind beim Z.K. die Lebensläufe hingeraten?“. PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd 55, Bl. 52, Schreiben vom 16. Februar 1951.

144 Stark hat schon 1997 darauf hingewiesen, daß am 11. Februar 1953 die Akte des KPD-Archivs mit den Parteiausschlüssen der Jahre 1936 bis 1938 vom Büro Pieck der ZK-Abteilung Ltde Or-

Der nächste belegbare Schritt seitens der Botschaft ist dann eine Liste mit 52 Namen, darunter mehrköpfige Familien, die „Genosse Schütz dem Vertreter des Roten Kreuzes und auch der 3. Europäischen Abteilung des Außenministeriums der Sowjetunion übergeben hat“ – so jedenfalls informierte am 21. November 1955 Änne Kundermann, damals Leiterin der Hauptabteilung SU im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, den Genossen Wieland beim ZK der SED und fügte einen Abdruck der Liste bei.¹⁴⁵ Der Vergleich mit der im Oktober von der Botschaft an das ZK gerichteten Liste zeigt weitgehende Übereinstimmung, aufgefüllt durch weitere Namen, von denen noch 1955 mindestens zwölf Rückkehrer gestrichen werden konnten, die zwischen Juni und Dezember 1955 in der DDR ankamen.¹⁴⁶ Mindestens 34 Personen/Familien von der Liste kamen 1956 zurück; ein kleiner Rest dann 1957.¹⁴⁷

Jedenfalls ist erkennbar, daß seit dem Jahr 1955, beginnend mit dem Februar-Beschluß des ZK-Sekretariats über die Remigration von 68 PE, zeitweilig – wieder einmal in der Erwartung eines Schlußstrichs unter die Rückführung – Bewegung in die Rückholbemühungen beim ZK der SED gekommen ist. Bewegung – über den von der Rot-Kreuz Funktionärin gegebenen Anstoß hinaus – allerdings auch auf der sowjetischen Seite. Denn unter den Rückkehrern war eine Reihe von PE, deren Anforderungen zwischen 1947 und 1949 abgelehnt worden waren, und solche, die Lagerstrafen verbüßt hatten.¹⁴⁸ Als das MfAA der Botschaft Ende September den Wunsch übermittelte, die Rückführung von PE noch 1955 zu Ende zu bringen, kam von dort die Bitte, die Aktion der Rückführung jedenfalls bis zum Jahresende fortzusetzen, verbunden mit der Mitteilung, daß man beim sowjetischen Außenministerium und beim Roten Kreuz „die nötigen Interventionen betr. Beschleunigung der Rückführung von ehemaligen Politemigranten durchführen“ werde.¹⁴⁹

Dies alles spielte sich zum erheblichen Teil noch einige Monate vor dem XX. Parteitag der KPdSU mit den Enthüllungen Chruschtschows über den „Personenkult“ Stalins ab. Nachdem es bis dahin nur eine einzige belegbare sowjetische Rehabilitierung einer verurteilt gewesenen deutschen Politemigrantin gegeben hatte – Dora Angrès im Jahre 1951¹⁵⁰ – folgten dem Parteitag dann alsbald Konsequenzen auch in der Gestalt von Rehabilitierungen Repressierter, die sich auch auf die Situation verhaftet oder sonstwie verfolgt gewesener deutscher PE auswirkten. So ist zum Beispiel Walter Höfer, emigriert im Parteiauftrag im Jahre 1933, verhaftet Ende 1937 und

gane überlassen wurde. Stark, Meinhard: Die SED-Führung und die deutschen Opfer der „Säuberung“ in der UdSSR. In: UTOPIE kreativ 1997, S. 146–157 (hier S. 152 mit weiterer Quellenangabe). Andererseits ist bekannt, daß selbst noch Ende der 1950er Jahre aus der SU falsche Auskünfte zu Emigranten gegeben wurden.

145 SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 147–154.

146 Das waren jedenfalls Alice Abramowitsch, Hans Fischer, Ruth Hartmann, Margarete König, Isidor Kugler/Bruno Metzner, Sophia Marchlewska; Max Menzel, Kurt Mielke, Emma Rupprecht, Werner Schneidrat, Nathan und Edith Steinberger.

147 Bostedt, Fanny Neumann und Anni Sauer gehörten zu den erst 1957 Gekommenen; die Ursache für diese Verzögerung bedarf noch der Klärung.

148 Zum Beispiel Gertrud Bernier: drei Jahre Lager, Ausreiseartrag abgelehnt 1949; Klara Döll: fünf Jahre Lager; Karl Dröll: abgelehnt 1947; Martha Globig; zehn Jahre Verbannung, Remigrationsantrag abgelehnt 1949; Erna Klöpping: acht Jahre Lager mit anschließender Verbannung.

149 Schreiben Botschaft Moskau an MfAA vom 24. Oktober 1955. PA AA Bestand MfAA B 3435, Bl. 73/74. Diese Reaktion liest sich eher als Zweifel an der Realisierbarkeit des Verlangens des ZK.

150 Sie kam trotz der ganz ungewöhnlich frühen Rehabilitierung erst 1956 zurück. Zu ihr: Beschluß des ZK-Sekretariats vom 15. September 1956, SAPMO BArch DY 30 J IV 2/3 A-534, AP Nr. 31. Schon gleich nach Verbüßung der 1938 gegen sie verhängten Lagerstrafe von zehn Jahren durfte sie 1948 als Sprachlehrerin an einer Mittelschule arbeiten. Nach ihrer Rückkehr 1956 nahm sie ihr Studium in Berlin wieder auf und promovierte an der Humboldt Universität.

dreimal mit zehn Jahren Lager bestraft, 1956 bereits rehabilitiert und im Herbst des Jahres, trotz seiner Sowjetbürgerschaft, zur Ausreise freigegeben worden.¹⁵¹

Die Rückholbemühungen seit 1955 waren in der SED begleitet von Ansätzen zur Rehabilitation der inzwischen doch zahlreichen Remigranten, die Opfer von Repressionen während der Stalin-Ära geworden waren. Im Spätsommer 1955 sah sich die SED genötigt, die Remigrierten jedenfalls im Hinblick auf die gegen sie verhängten Parteistrafen zu rehabilitieren; eine strafrechtliche Rehabilitation lag ja außerhalb der Machtvollkommenheit der SED. Seit Oktober 1955 befaßte sich eine von der ZPKK der SED eingerichtete Kommission mit dieser Rehabilitation. Sie geschah, ergänzt und erweitert im April 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU mit der „Geheimrede“ Chruschtschows über den „Personenkult“ Stalins, unter dem Siegel der Verschwiegenheit, und wurde den Betroffenen oder – für die Erschossenen oder sonst zu Tode Gekommenen – einem Angehörigen nur mündlich und gegen Schweigepflichtung mitgeteilt.

Einer größeren Öffentlichkeit wurde die sogenannte Rehabilitation¹⁵² erst kurz vor dem Ende des SED-Staates im Frühjahr 1990 bekannt, als Josef Gabert und Lutz Prieß, unterstützt von Peter Erler und Jutta Finkeisen, ihr schmales Bändchen *SED und Stalinismus* mit der Lizenznummer 1 im Berliner Dietz Verlag herausbrachten, in dem sie die Namen von 257 zwischen 1955 und 1962 von der Partei rehabilitierten Emigranten aufführten.¹⁵³ Im übrigen sei für diesen heute hinreichend bekannten Vorgang auf die einschlägige Literatur verwiesen.

Ein weiteres Ereignis des Herbstes 1955 hat ganz offenbar dazu beigetragen, zunächst bei der DDR-Botschaft, dann aber auch beim ZK der SED Bewegung in das Thema „Remigration“ zu bringen: Konrad Adenauers Moskau-Reise und seine Verständigung mit der SU über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bei gleichzeitiger Freigabe der noch in der SU festgehaltenen Kriegsgefangenen einschließlich solcher Personen, die von der SU als Kriegsverbrecher angesehen wurden und zum Teil zu (hohen) Lagerstrafen verurteilt worden waren. Mit dieser Entwicklung verlor die DDR durch die bundesrepublikanische „Konkurrenz“ an Kontrolle über die Remigration, weil Rückkehrwillige sich an die nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen geschaffene Vertretung der Bundesrepublik wenden konnten. Zugleich mischten sich zunehmend Situationen von Remigration und Repatriierung (Familienzusammenführung; Ausreise von Rußlanddeutschen, vor allem zwangsumgesiedelten Wolgadeutschen).¹⁵⁴ Damit ergab sich nach außen eine federführende Zuständigkeit des MfAA der DDR, nicht mehr die des ZK der SED, wie sie bei dem ausschließlichen Gegenstand „Politemigranten“ als selbstverständlich angesehen worden war. Das MfAA reagierte weit

151 W.H. stand noch nicht auf der Schütz-Liste 1955.

152 Die Verweigerung öffentlicher Rehabilitation ging so weit, daß es zum Beispiel Dorothea Garai, die erst 1956 nach bald 20 Jahren in Sibirien zurückkehren konnte, bis zu ihrem Tode verwehrt blieb, ihre Erinnerungen öffentlich zu machen; das besorgte dann nach ihrem Tode ein Freund in der Bundesrepublik Deutschland.

153 Diese Partei-Rehabilitation wird, ohne Gewähr für die Vollständigkeit, in die Angaben der Liste der Remigrierten aufgenommen. Die Materialien der ZPKK zur Rehabilitation der PE aus der SU (einschließlich der mutmaßlich verstorbenen) finden sich in SAPMO BArch DY 30/15451. Sie umfaßt Rehabilitierungen von Januar 1957 bis April 1964.

154 Das wird auch in den Vermerken der Botschaftsmitarbeiter mit ihren sowjetischen Kollegen deutlich, die häufig mit dem Thema „Politemigranten“ beginnen, um dann gleich Übersiedlungsfälle anzuschließen; siehe zum Beispiel PA AA Bestand MfAA B 3435, Vermerk Botschaftssekretär Streich vom 22. August 1958, Bl. 158–166. Diese Vermerke zeigen auch, daß die Botschaft sich intensiv bemühte, Politemigranten ausfindig zu machen, deren Verbleib unbekannt war.

sensibler auf die Wettbewerbssituation zur Botschaft der Bundesrepublik Deutschland als das ZK.

Allerdings konnte sich auch die SED den Entwicklungen in der SU und dem parteiöffentlichen Druck nicht mehr lange entziehen. Im Juni erhielten 15 ehemalige PE die Einreiseerlaubnis der Partei in die DDR. Dabei betonte das Sekretariat, sie alle hätten „sich erst in letzter Zeit an das Rote Kreuz wegen Rückführung gewendet“; Unterlagen zu ihnen gebe es nicht.¹⁵⁵ Das kann man wohl nur so verstehen, daß ihnen die späte Rückkehr selbst zuzuschreiben sei.

Anfang August 1956 – ein halbes Jahr nach dem XX. Parteitag der KPdSU und zwei Jahre nach den Rehabilitierungsbeschlüssen des Obersten Sowjets vom Juni und September 1954 – folgte dann wieder ein „Abschluß“-Unternehmen. Dem Sekretariat des ZK der SED wurde eine Vorlage zur „Beschleunigung der Rückführung der ehemaligen Politemigranten und ihrer Angehörigen aus der UdSSR“ vorgelegt.¹⁵⁶ Da wurde vorgeschlagen, das MfAA zu beauftragen, „die Rückkehr der ehem. Politemigranten und ihrer Familien schnellstens abzuschließen.“ Die „Abteilung Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen“ begründete ihre Vorlage, es befänden sich „noch 75 Familien ehem. Politemigranten oder Familienangehörige von Politemigranten insges. 137 Personen (110 Erwachsene und 27 Kinder), deren Rückkehr vom Sekretariat des ZK beschlossen“ sei, in der UdSSR. Da sie zum Teil „unter sehr schwierigen Verhältnissen“ lebten, „wodurch ihre schnelle Rückkehr gehemmt wird“, wurde vorgeschlagen, die nötigen Mittel durch die DDR-Regierung bereitzustellen.

Die nun zurückkehren durften, hatten zum großen Teil annähernd zwanzig Jahre an Haft, Lager und Verbannung hinter sich; bei etlichen Frauen waren die Männer Ende der 1930er Jahre erschossen worden. Lotte Brann war 1937 zu fünf Jahren Lager verurteilt und bis 1953 in Kolyma festgehalten worden. Bei Margarete Krüger waren es ebenfalls 1937 fünf Jahre Lager. Sie wurde aber erst 1946 mit anschließender Zwangsansiedlung in Karaganda entlassen. Hermann Siebler, 1938 verhaftet, hatte 1939 acht Jahre Lager zudiktirt bekommen und nach der Entlassung 1946 in Kolyma bleiben müssen bis zur Rehabilitierung 1956. Der nur wenige Wochen zuvor zur Rückkehr zugelassene Walter Höfer war 1937 verhaftet und erst 1956 aus der Haft entlassen worden.¹⁵⁷ Tatsächlich lassen sich mindestens 45 Remigrationsfälle, teils mit Familienangehörigen, in der Zeit von August bis Dezember 1956 belegen; mindestens zwanzig zu Anfang des Jahres 1957 zurückgekehrte Emigranten gehörten ebenfalls zu den „Begünstigten“. Diese hier beschlossene „Beschleunigung“ war also eine reale.

Das „Abschließen“ in dem Beschluß vom 1. August war aber offenbar nur auf die angeführten PE bezogen, deren Einreisegenehmigung erteilt war. Denn schon wenige Wochen später folgte eine weitere Entscheidung unter anderem zu gunsten von Trude Richter, damals in Magadan, von der die SED erst von anderen Rückkehrern Namen und Adresse erfahren hatte, heißt es in dem Beschluß.¹⁵⁸ Aus einer „Information über

155 SAPMO BArch DY 30 J IV 2/3 A-522 AP Nr. 19 vom 20. Juni 1956. Etwa bei der zu den 15 gehörenden Gertrud Sommer, langjähriges Parteimitglied und Witwe des erschossenen Funktionärs Michael Sommer und selbst auch verhaftet, ist solche Unkenntnis schwer nachvollziehbar; der vermutliche Ehemann der ebenfalls aufgeführten Elfriede Welser, Johann Welser, hatte auf der Liste der aus der Emigration Zurückzuschickenden („= B = nach draußen“) gestanden – auch dieser Name mußte bekannt sein.

156 SAPMO BArch DY 30/J IV 2/3 A 522 und 527 AP Nr. 24 vom 1. August 1956. Man mag diesen späten Zeitpunkt auch so verstehen, daß die SED erst damals sicher sein konnte, keine Ablehnung von sowjetischer Seite zu erfahren.

157 SAPMO BArch DY 30 J IV 2/3 A-522 AP Nr. 19 vom 20. Juni 1956; Erna Kolbe und Anna Schwab-Trottner hatten seine „vollständige Rehabilitierung“ bestätigt.

158 SAPMO BArch DY 30 J IV 2/3 A-530 AP Nr. 27 vom 22. August 1956.

die Rückführung der ehemaligen Politemigranten oder ihrer Angehörigen aus der Sowjetunion in die DDR“, die das MfAA unter dem 15. Oktober 1956 präsentierte, ging dann deutlich hervor, daß es einen ganzen Strauß von Problemen im Zusammenhang mit dem Abschluß – das Wort taucht schon gar nicht mehr auf – der Rückführung gab.

Dabei waren wohl die Probleme, die sich bei den Zurückgekehrten stellten, die geringeren. Sie waren zum großen Teil in schlechter Verfassung, erholungsbedürftig, abgerissen in jeder Hinsicht. Das ließ sich mit Geld, Plätzen in Erholungsheimen (allerdings mußte die Partei ermahnt werden, auch eigene Erholungsplätze zur Verfügung zu stellen, nicht nur auf solche in VdN-Heimen zu verweisen) und Sprachunterricht für die „in der Regel [...] sehr intelligenten Kinder“ der Rückkehrer schaffen.

Unerfreulicher erschien, daß trotz aller Bemühungen von Ministerium und Botschaft „die Rückführung der ehem. Politemigranten sehr schleppend“ verlief. Die verschiedensten Hindernisse von lokalen sowjetischen Dienststellen wie von Moskauer Behörden wurden ihnen in den Weg gelegt.¹⁵⁹ So wurde angeblich systematisch die Adresse der DDR-Botschaft in Moskau verschwiegen, um Meldungen dort zu erschweren oder unmöglich zu machen. Das führte dazu, daß nach Aussagen von Rückkehrern „ein ganzer Teil unserer Politemigranten sich noch in den verschiedenen Gebieten der Sowjetunion befinden, die jedoch Angst haben, sich an die Botschaft zu wenden.“ Das MfAA schlug vor, einen Genossen nach Moskau zu schicken, der sich dort um die „Regelung der schnelleren Rückkehr“ kümmern solle.¹⁶⁰ Da deutete sich an, daß es noch ein weiter Weg bis zu einem „Abschluß“ der Remigration sein würde, wollte man nicht Vielen die Rückkehr verwehren. Auffallend war bei dieser im übrigen weder gegenüber der SU noch gegenüber der eigenen Partei zurückhaltenden Vorlage, daß in keiner Andeutung auf die Lage nach dem XX. Parteitag der KPdSU und die dadurch ausgelöste relative Verbesserung der Lage Repressierter eingegangen wird.

Im Januar 1957 kam es in Moskau zu einer gemeinsamen Erklärung von Regierungs-Delegationen der UdSSR und der DDR. Darin stand – eher verklausuliert – eine Passage, deren Bekanntwerden bei den immer noch in der SU auf ihre Rückführung nach Deutschland wartenden Emigranten beträchtliche Hoffnungen weckte, als sie davon erfuhren: Entsprechend DDR-Wünschen „verständigten sich die Seiten über die gegenseitige Hilfe bei der Lösung von Fragen im Zusammenhang mit der Veränderung der Staatsangehörigkeit und der ständigen Ausreise von Personen, die nahe Verwandte in der DDR oder in der UdSSR haben, wobei diese Fragen im gegenseitigen Einvernehmen beider Seiten und im Interesse der in Frage kommenden Personen gelöst werden.“¹⁶¹ In einem ergänzenden Protokoll zu dieser Verabredung hatte die sowjetische Regierung wohlwollende Behandlung entsprechender Anträge auf Ausreise und die damit verbundene Entlassung aus der Sowjetstaatsbürgerschaft zugesichert. Nach

159 Ein eindrucksvolles Beispiel für solche Schwierigkeiten stellt H. Schafranek, Kinderheim No 6, S. 151/2, für den Fall „Margrit K“ dar, deren Lagerzeit 1949 geendet hatte, die aber erst im Sommer 1956 remigrieren durfte.

160 SAPMO BArch DY 30/ IV 2/11/261, Bl. 26–28.- Probleme gab es auch mit der Übernahme der Rückkehrer in die Partei; auch zu der offenkundigen Kleinlichkeit, die dabei praktiziert wurde, machte das Ministerium Verbesserungsvorschläge.

161 Volkskammer der DDR – Sonderdruck, Abschnitt III S. 7, in PA AA Bestand MfAA C 520/76 Bl. 12. DDR-Botschaft Moskau an MfAA vom 16. Mai 1946 [richtig 1956]: „kommen auch viele Briefe an uns, in denen darum gebeten wird, den Antrag an die westdeutsche Botschaft weiterzuleiten“ (Bl.1ff).

DDR-Verständnis fielen unter diese Absprache alle ehemaligen PE und deren Angehörige.

Auch in der DDR löste die Absprache mit der Sowjetischen Regierung vom Januar 1957 ein erhebliches Echo aus. Die Zahl der Beschwerden über zögerliche Verfahren nahm zu. In der Moskauer Botschaft sorgte man sich, es könne der Eindruck entstehen, nichts habe sich geändert, wenn jetzt nicht rasch Ausreisen genehmigt würden.

Die Kenntnis von Bemühungen der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland – nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der SU durch Adenauer 1955 eingerichtet – um zügige Rückführung ausreisewilliger Personen deutscher Nationalität aus der SU setzte die DDR zusätzlich unter Druck, sich um ein beschleunigtes Verfahren zu bemühen.¹⁶²

Noch im Januar 1957 gab es dann wieder eine Besprechung der Botschaft mit dem zuständigen Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium zur Frage der Staatsbürgerschaft. Für das Ausscheiden aus dem sowjetischen Staatsverband hatte das Präsidium des Obersten Sowjet in einem Erlaß vom November 1956 zwar Erleichterungen beschlossen. Zuständig für das Verfahren waren aber örtliche Behörden, die aus Unkenntnis oder Unlust die Prozeduren erschwerten.¹⁶³ Die Botschaft schlug deshalb vor, von sich aus die Rückkehrwilligen über das auf sowjetischer Seite beschlossene Verfahren zu informieren.¹⁶⁴

Tatsächlich sahen sich die Ausreisewilligen und die DDR-Behörden mit endlosen Schwierigkeiten konfrontiert. Die auf sowjetischer Seite zuständigen örtlichen Milizbehörden verlangten zum Beispiel jährlich neue Erklärungen der in der DDR lebenden Angehörigen, daß sie die aus der UdSSR übersiedelnden Personen bei sich aufnahmen. Waren die dann nicht von der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin beglaubigt, wurden sie zurückgewiesen. Siegel des Magistrats von Groß-Berlin erkannten die sowjetischen Behörden nicht an. Zu Siegeln der DDR verlangten sie eine beglaubigte russische Übersetzung. Waren endlich alle Papiere beisammen, gab es nicht selten eine Ablehnung des Antrages ohne Begründung. Einzelnen PE wurde eine Erklärung abgenötigt, daß sie nicht nach Deutschland zurückkehren wollten.¹⁶⁵ Dazu kamen Schwierigkeiten mit der Auszahlung von Staatsanleihen, die Wegnahme aller Dokumente (zum Beispiel Geburtsurkunden) bei der Ausreise, ausstehende amtliche Mitteilungen über verstorbene ehemalige Politemigranten. Besonders ärgerlich aus DDR-Sicht waren Vorkommnisse in Kasan, wo die örtliche Milizorgane dem dann schließlich 1960 in die DDR zurückgekehrten Politemigranten Karl Amann „zugemutet [sic!] haben, nach Westdeutschland auszureisen, weil er dort Verwandte habe“.¹⁶⁶

162 Siehe PA AA Bestand MfAA C 520/76 Bl. 25 und Bl. 1f. Anfang Mai 1956 war der DDR-Botschaft ein fehlgeleiteter Brief an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in die Hände gefallen, aus dem sie entnahm, daß trotz der Überwachung der BRD-Botschaft, in die Sowjetbürger nicht eingelassen wurden (zur DDR-Botschaft wurden sie durchgelassen), auf dem Postwege Repatriierungsanträge an die Botschaft der Bundesrepublik gelangten und dort zügig bearbeitet wurden. „Zusammenfassung einiger Probleme über die Familienzusammenführung UdSSR-DDR“ vom Juli 1957, ebd., Bl. 55 ff (64).

163 Walter Reinhold berichtete nach seiner Rückkehr beim ZK der SED, dass er sich in Tomsk habe verpflichten müssen, nicht in die DDR zurückzukehren. PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd 55, Bl. 173.

164 Besprechungsvermerk, 17. Januar 1957, PA AA Bestand MfAA B 3435, Bl. 246 f. In späteren Besprechungen wurde der Fehlschlag des Beschleunigungsversuchs bekräftigt, siehe Aktenvermerk über eine Besprechung im Außenministerium der UdSSR, 3. Europ. Abt., vom 20. Juni 1957, ebd., Bl. 216.

165 PA AA Bestand MfAA C 520/76, Bl. 25 und Bl. 1f und B 3435, Bl. 24/25.

166 Aktenvermerk Botschaft Moskau vom 27. Oktober 1959 PA AA Bestand MfAA B 3435 Bl. 107–109 (108).

Klagen über die fehlende Begründung sowjetischer Ablehnungen zogen sich durch den gesamten Verlauf der Remigration: So fragte bei einer Besprechung mit dem Genossen Basmanow im sowjetischen Außenministerium der Botschaftssekretär Streich – unter Hinweis auf eine vergebliche Nachfrage beim Genossen Starzew vom Roten Kreuz – nach den Gründen für die Ablehnung der Ausreise für Frau Tschernawina-Windhorst und andere. Er erfuhr Unkenntnis und erhielt den Rat, die Frage auf der Schiene der Parteien stellen zu lassen. Zwar ist an seinem Vermerk über das Gespräch handschriftlich notiert „erl. durch Schreiben ZK von Juni 1957“. In der Sache war aber offenbar nichts erledigt, denn bei einem Treffen in der Gesellschaft des Roten Kreuzes der UdSSR, Abteilung „Hilfe für Politemigranten“, am 8. Oktober 1957, fragte Streich wiederum den Genossen Starzew, ob es nicht möglich sei, der Botschaft die Ablehnungsgründe mitzuteilen, damit sie den Betroffenen zu raten vermöge, ob ein weiterer Antrag zweckmäßig sein könne. Starzews Antwort lautete, „daß in den meisten Fällen das Rote Kreuz selbst den Grund für die Ablehnung nicht kenne.“ Zwei Jahre später findet sich dieses Thema noch einmal in einem Gespräch zwischen Mitarbeitern der Botschaft der DDR und solchen des Außenministeriums der UdSSR. Da erklärte der Genosse Tulotzki dem 1. Sekretär der Botschaft, dem Genossen Streich, im Zusammenhang mit der Ablehnung der Ausreise von Gertrud Platais, alle abgelehnten Fälle würden noch einmal überprüft. Dabei könne auch eine Ausreiseerlaubnis herauskommen. Bei einem kleinen Kreis sei mit weiterer Ablehnung zu rechnen, „weil die Ausreise für diese Personen aus Sicherheitsgründen nicht gegeben werden kann“; darüber werde Streich informiert. In diesen Fällen sei es dann zweckmäßig, von weiteren Anträgen abzusehen; etwaige nahe Verwandte solcher Personen könnten dann eventuell in die SU übersiedeln.¹⁶⁷

„Trotz dieser Vereinbarung sind erhebliche Fortschritte im Hinblick auf die Lösung des gesamten Problems nicht zu verzeichnen“, hieß es schließlich in einem 1958 verfaßten Dokument aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED. Statt Hoffnungen zu erfüllen, „wurde die Vereinbarung vom Januar 1957 in Einzelfällen Mittelpunkt negativer Diskussionen. Diese Diskussionen, die gegen die UdSSR und gegen die Politik der deutsch-sowjetischen Freundschaft gerichtet sind, schädigen das Ansehen unseres Staates“ wurde dort bitter und bemerkenswert deutlich geklagt.¹⁶⁸ Anhaltende Probleme gab es nicht zuletzt mit der Frage der Staatsangehörigkeit. Das DDR-Außenministerium, das intern kritisierte, die SU habe vielen Deutschen ihre Staatsangehörigkeit rechtswidrig aufgedrängt (in diesen Fällen nahm man die deutsche Staatsangehörigkeit – später umgedeutet in DDR-Staatsangehörigkeit – als fortbestehend an), stellte fest, daß die „unteren Organe der UdSSR die bezüglich der Staatsangehörigkeit im Januar 1957 getroffene Vereinbarung in vielen Fällen nicht einhalten“. In zahlreichen Fällen sei der Besitz der sowjetischen Staatsbürgerschaft als Grund für die Ablehnung der Ausreise angegeben worden, statt daß den Betroffenen, wie abgesprochen, der Austritt aus der Staatsangehörigkeit der UdSSR zugestanden worden wäre.¹⁶⁹

Zu den Folgen gehörte, daß Repatrierte als Doppelstaatler in der DDR ankamen. Während etliche Repatrianten bereitwillig die sowjetische Staatsbürgerschaft ablegten,

167 Aktenvermerk Streich vom 14. Mai 1959, PA AA Bestand MfAA B 3435 Bl. 201–209 (203), 115–117 (116) und Aktenvermerk vom 18. April 1957, ebd., Bl. 234 sowie vom 26. Juli 1957, Bl. 210. Peter Erler vermutete, daß die sowjetischen Sicherheitsorgane Personen zurückhielten, die in Einrichtungen von Geheimdiensten gearbeitet hatten und nannte als Beispiel dafür den erst 1955 remigrierten Otto Braun, siehe: Erler: „Moskau-Kader“, S. 256.

168 Siehe SAPMO BArch ZPA RY 5/IV 2/20/1.

169 PAAA Bestand MfAA A 1065, Bd. 7, Bl. 243.

mochten andere das durchaus nicht tun, weil sie sowohl als Sowjetbürger wie als Deutsche eine Rente bekamen.¹⁷⁰

Im Herbst 1957 findet sich, im Zusammenhang mit einem großen Paket an gesprächsvorbereitenden Ausarbeitungen zum Thema Familienzusammenführung, in den Akten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten erstmals eine sehr intensive und eingehende Ausarbeitung des Bereichs Staatsbürgerschaft zur Remigration der noch nicht zurückgekehrten PE – schon diese Zuständigkeit zeigt, wohin sich das Problem der noch nicht remigrierten PE inzwischen verschoben hatte: zu „den im November 1957 in Berlin stattgefundenen Verhandlungen“ zu Fragen der Familienzusammenführung und Rückführungen aus der UdSSR in die DDR.¹⁷¹

Die Darstellung beginnt mit der Feststellung, daß per 15. Oktober 1957 der DDR-Botschaft 121 Remigrationsanträge vorgelegen hätten, von denen circa 110 vom ZK der SED die Genehmigung zur Einreise in die DDR erhalten hätten. Mit Neuansuchen in größerem Umfang sei nicht zu rechnen; so könne mit der Erledigung der vorliegenden Anträge „der in Frage kommende Personenkreis im Wesentlichen als abgeschlossen gelten.“¹⁷² Die Bearbeitungsdauer der Anträge sei lang; die Zahl von 83 zurückgekehrten Personen zwischen Januar und November 1957 stehe „in einem nicht voll befriedigenden Verhältnis zu der Zahl der vorliegenden Anträge“. Für die lange Bearbeitungsdauer machen die Verfasser des Vermerks den Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets vom November 1956 mitverantwortlich. Der habe für die ehemaligen PE einen beschleunigten Austritt aus dem Staatsverband der UdSSR ermöglichen sollen, habe jedoch praktisch das Gegenteil bewirkt. Er war der Botschaft mit Aide-Mémoire vom 27.11.1956 mitgeteilt worden mit der scheinbar großzügigen Regelung, daß vom Tage des Eingangs eines individuellen Antrags an das Präsidium des Obersten Sowjets die Antragsteller als aus der Staatsbürgerschaft der UdSSR ausgeschieden gelten.¹⁷³ Von 21 PE, die zwischen Februar und April 1957 einen entsprechenden Antrag eingereicht hätten, hätten bis August nur elf die Genehmigung erhalten; im November seien noch immer vier Anträge offen gewesen.

Die Konsequenz der Botschaft aus dieser Entwicklung sei gewesen, weitere Antragsteller – anders als im Januar 1957 selbst der sowjetischen Seite vorgeschlagen – erst

170 Sowjetbürgern wurde im Falle ihrer Rehabilitierung Haftzeit auf das Rentenalter angerechnet; das galt auch für „zwangseingebürgerte“ Sowjetbürger deutscher Herkunft. Frieda Siebenaicher, 1966 remigriert, gab ihre sowjetische Staatsangehörigkeit erst mit dem Ende der SU (31.12.1991) und der DDR auf.

171 PA AA Bestand MfAA C 520/76, Bl. 147, mit 239–242. Beim Gegenstück des Vermerks in PA AA Bestand MfAA B 3435 Bl. 12–15 ist handschriftlich das Datum 8.11.1957 eingetragen und der Zusatz „Original beim Kolleg. Kolasa“.

172 Grundlage für diese Feststellung scheint eine über die Moskauer Botschaft und das MfAA an das ZK der SED übermittelte Aufstellung aus dem sowjetischen Außenministerium mit mindestens 167 Namen gewesen zu sein; davon hatte die Botschaft circa 30 herausgefiltert, die schon ausgereist waren oder in der SU bleiben wollten, Schreiben des MfAA an das ZK vom 14. Juni 1957, SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/188, Bl. 192/193. Eine frühere Liste vom Roten Kreuz vom 19. Februar hatte 112 Namen umfaßt; von den dort Verzeichneten waren einige bereits ausgereist, etliche hatten eine Ausreise abgelehnt, ebd., Bl. 188–191. Immerhin waren noch 1957 durch über Moskau ausreisende Remigranten Namen und Adressen bis dahin unbekannter Genossen bekannt geworden. Das scheint Elly Schüchel und Emma Ritzmann dann zu relativ zügiger Ausreise verholfen zu haben, PA AA Bestand MfAA B 3435, Schreiben der Botschaft an das ZK der SED vom 19. Februar 1957.

173 Ebd., Bl. 16. Allerdings heißt es, davon abweichend, in einem Schreiben der Botschaft Moskau an das MfAA vom 6. August 1958, es gebe „eine Festlegung in der Hinsicht, daß alle Sowjetbürger, die mit Reisebescheinigung ausreisen (und diese werden jetzt auch an die PE ausgegeben), vom Augenblick des Überschreitens der Staatsgrenze der UdSSR staatenlos werden, wenn sie bei der Ausstellung der Bescheinigung erklären, daß sie die sowjetische Staatsbürgerschaft aufgeben wollen“. PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd 55, Bl. 309/10.

gar nicht auf dieses Verfahren hinzuweisen, obwohl die DDR es vorzöge, die ehemaligen PE als deutsche Staatsbürger einreisen zu lassen.¹⁷⁴ Hinzu komme die lange Zeit zwischen Entlassung aus der Staatsbürgerschaft und Erteilung der Ausreisegenehmigung: Von den im August Entlassenen seien bis zur Abfassung des Vermerks (Oktober?) nur drei Personen angekommen.

Als irritierend wurde in der DDR – gerade angesichts des relativen Erfolges bei der Entlassung aus der Staatsbürgerschaft – empfunden, daß sich verweigerte Ausreisegenehmigungen für PE mehrten. Erst im Oktober seien vom sowjetischen Roten Kreuz neun Ablehnungen mitgeteilt worden.¹⁷⁵ Hinzu kämen frühere unerledigte Ablehnungen. Dieser Feststellung folgte eine – in solcher Deutlichkeit bis dahin von amtlicher DDR-Seite nicht bekannte – Klage über unbegründete sowjetische Ablehnungen: „Die Ablehnungen der Ausreisearträge ehem. Politemigranten erfolgen ohne Begründungen, auch die Botschaft erhält in fast allen Fällen keinen Bescheid. In der Mitteilung zu dem PE Erich Wolf über die Ablehnung steht lediglich der lakonische Hinweis, daß die Ausreise als nicht zweckmäßig angesehen wird.“ Den Hinweis an die Botschaft, den Betroffenen stünde es ja frei, einen neuen Antrag einzureichen, mochte der Bereich Staatsbürgerschaft „auf Grund der besonderen Lage der ehem. Politemigranten aus politischen und menschlichen Erwägungen“ verständlicherweise nicht anerkennen. Denn ohne Kenntnis der Ablehnungsgründe hätte ein neuer Antrag ja nur alte, nicht anerkannte Argumente anbringen können.

Die Mitarbeiter des MfAA ließen es nicht bei der Analyse der unbefriedigenden Situation sondern lieferten – in bester Bürokratensprache – Lösungsvorschläge. Diese Vorschläge, die inhaltlich allesamt Forderungen an die sowjetische Seite sind, verdienen es, wiedergegeben zu werden angesichts des ungewohnt klaren und offenen Tons in Bezug auf die Sowjetorgane, der von Aufzeichnungen aus der Parteibürokratie nicht bekannt ist:

1. „Eine beschleunigte Bearbeitung durch die Organe der UdSSR und der baldige Abschluß der Rückführungen ehem. PE macht sich auf Grund der Besonderheiten dieses Problems notwendig. Die Beendigung der Rückführungen im Wesentlichen wäre bis Mitte des Jahres 1958 (?) durchaus realisierbar.“¹⁷⁶
2. „Die zum Teil mehrmalige Ablehnung der Anträge ehem. PE auf ständige Ausreise aus der UdSSR, für die sich das ZK der SED beim ZK der KPdSU verwandt hatte,¹⁷⁷ ist nicht vertretbar, sofern nicht triftige Gründe mitgeteilt werden. Bei Ablehnungen hat in jedem Falle eine Begründung zu erfolgen.“
3. „Der Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets vom Februar 1957 [richtig: November 1956] betreffs Regelung der Frage der Staatsangehörigkeit ehem. Politemigranten ist weiterhin zur Grundlage bei der Bearbeitung zu nehmen. Dazu muß allerdings die Zeitdauer der Bearbeitung von sowjetischer Seite aus verkürzt werden. Die

174 Dem entspricht in der Tat der Umstand, daß von sowjetischer Seite als staatenlos angesehene Politemigranten vor ihrer Ausreise einen DDR-Personalausweis erhielten, wie bei etlichen Einreisen vermerkt ist. Allerdings kam es auch vor, daß den Betroffenen der Ausweis von Sowjetbehörden wieder abgenommen wurde; siehe PA AA Bestand MfAA C 520/76, Bl. 58, 103/4.

175 Manhart-Wilke mit Familie; Altermann mit Familie; Vostry(?); Roth; Nebel mit Schwester und Tante; Erich Wolf; Lochthofen; Bruckstein; vgl. PA AA Bestand MfAA C 520/76, Bl. 147.

176 Die vier Auszüge stammen aus der Ausarbeitung ‘Übersiedlung ehemaliger Politemigranten aus der UdSSR in die DDR’ des Bereichs Staatsbürgerschaftsfragen/Interessenwahrnehmung, Berlin 13.6.1962, hier Abschnitt ‘Vorschlag zur Lösung des Problems’, PA AA Bestand MfAA C 520/76 Bl. 234-244, hier Bl. 241/242.

177 Für PE, zu denen es keinen Ausreiseartrag des ZK gab, scheint sich das MfAA nach dieser Formulierung nicht verantwortlich gefühlt zu haben. Die Praxis der Botschaft entsprach dem allerdings nicht; sie kümmerte sich auch um eigene Anträge Betroffener.

Notwendigkeit dazu ergibt sich, da es sich bei den Politemigranten um deutsche Staatsbürger¹⁷⁸ handelt, die auf Grund der seinerzeitigen besonderen Situation die sowjetische Staatsangehörigkeit erhielten. [...] Weiterhin ist dabei zu beachten, daß als deutschen Staatsbürgern den Politemigranten die Ausreise von sowjetischer Seite aus ohne schwerwiegende Gründe nicht abgelehnt werden kann. Sind die ehem. Politemigranten sowjetische Staatsbürger, so ist die UdSSR nicht verpflichtet, Begründungen für die Ablehnungen mitzuteilen.“

4. „Nachdem jedoch eine grundsätzliche Vereinbarung des ZK der KPdSU und des ZK der SED zur Frage der Rückführung der ehem. Politemigranten vorliegt,¹⁷⁹ kann auf Grund der Besonderheiten das vorliegende Problem durch eine gute Zusammenarbeit der verantwortlichen Dienststellen beider Staaten geklärt werden. Das bedeutet, daß grundsätzliches Einverständnis zu den vorgenannten Punkten besteht.“

Der Ausarbeitung ist eine „Bemerkung“ angefügt: „Bei Besprechungen zu den konkreten Fragen der Rückführung ehem. Politemigranten ist es notwendig, Klarheit darüber zu schaffen, wie bei den Nachforschungen nach Politemigranten zu einem schnelleren Ergebnis gelangt werden kann.“ Das bedeutet wohl, daß das MfAA davon ausging, es gebe noch weitere, bis dahin nicht aktenkundige PE in der SU.

1958/59 gab es einen weiteren Versuch, die Remigration aus der SU abzuschließen. Ein Aktenvermerk des Moskauer DDR-Botschafters König über ein Gespräch mit dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Sorin am 11. Januar 1958 deutet an, daß die Bemühungen um entgegenkommenderen Umgang mit den verbliebenen PE auf sowjetischer Seite nicht ganz ergebnislos waren. Das bedeutete allerdings wenig mehr als die Bestätigung der Regierungsvereinbarung vom Januar 1957. Sorin teilte mit, die in Frage kommenden sowjetischen Organe seien beauftragt worden, innerhalb einer Frist von drei Monaten alle bisher über die Botschaft der DDR in Moskau eingereichten Anträge auf Ausreise zu prüfen. Die antragsgemäße Genehmigung zur ständigen Ausreise aus der UdSSR sollten jene Personen – einschließlich ihrer Familienmitglieder – erhalten, die deutsche Staatsbürger bis zum 22. Juni 1941 waren. Die ganze Prozedur müsse bis Ende 1959 abgeschlossen sein; danach gälten die mitgeteilten Regeln nicht mehr.¹⁸⁰

Allerdings ging gerade zu dieser Zeit aufgrund einer Entscheidung des Ministerrats der UdSSR im Zusammenhang mit der Beschleunigung der Übersiedlungen von Personen aus der UdSSR in die DDR die Zuständigkeit für die Bearbeitung der Rückführung von PE vom Roten Kreuz in Moskau auf die Milizorgane in den Sowjetrepubliken über. Die Umstellung, so stellte die Botschaft fest, „hat sich sehr hemmend auf die Weiterbearbeitung der Fälle ausgewirkt“. Beklagt wurden nicht zuletzt die finanziellen

178 Das Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR stammt erst vom Februar 1967. Die bis 1968 geltende DDR-Verfassung von 1949 kannte nur die deutsche Staatsbürgerschaft nach dem Gesetz von 1913.

179 Die Tatsache einer solchen Vereinbarung ist zwar auch an anderer Stelle überliefert; der Text ist aber nicht bekannt.

180 PA AA Bestand MfAA C 520/76, Bl. 17–19. Im Vermerk werden etliche zusätzliche Details zu den sowjetischen Zusagen wiedergegeben. Der Botschafter wies darauf hin, daß sein Vermerk auf einer persönlichen Information an ihn beruhe; die offizielle Mitteilung der Sowjetregierung gehe dem MfAA unmittelbar zu. Sorin fragte angesichts wiederholt gefundener Mängel verschiedener Listen den Botschafter, ob die zuständigen deutschen Stellen durch Überprüfung der bisher überreichten Listen auf etwa bereits ausgereiste oder sonst nicht mehr zu den Ausreiseanwärtern gehörende Personen den sowjetischen Organen die rechtzeitige Erledigung ihrer Arbeit zu erleichtern bereit seien.

Probleme mit der Auszahlung von Staatsanleihen und der Einforderung ungerechtfertigter Gebühren.¹⁸¹

Die Darstellung des „Bereichs Staatsbürgerschaft“ liefert einen bemerkenswerten Einblick in das von dem der Partei sichtbar sich unterscheidende Selbstverständnis des Staatsapparates der DDR: Während die Partei sich dem Verhalten der „Bruderpartei“ unterwirft bis hin zum vorauseilenden Gehorsam, sieht sich der Staatsapparat einem im Prinzip gleichwertigen Partner gegenüber, dem ein daraus folgendes Verhalten abzufordern ist. Daß beide Bürokratien dem Regime der jeweiligen Partei unterworfen sind, wird als gegeben genommen.

Wie um ihr Verhältnis zur KPdSU zu bekräftigen und deren Mißtrauen gegen die deutschen Genossen zu dem ihren zu machen, wünschte die Kaderverwaltung der SED im Sommer 1958 von der Botschaft umfassende Lebensläufe der Ausreisewilligen, die ein „allseitiges Bild über die betreffende Person“ liefern.¹⁸² Dort galt offenbar weiterhin strikte Parteilichkeit: Möglichst nur zuverlässige Genossen sollten einreisen; mindestens wollte man vorweg genau wissen, was von den Einreisenden als Genossen zu halten sei.¹⁸³ Anflüge von Mitgefühl gegenüber den über Jahrzehnte von Deutschland Ferngehaltenen waren da nicht zu erkennen.

Mindestens 38 Personen, zum erheblichen Teil mit Familien, sind erst zwischen 1959 und 1961 remigriert. Das führte das MfAA – mindestens für die späteren von ihnen – darauf zurück, daß ab etwa 1960 – man ist versucht zu ergänzen „Wieder einmal“ – „beiderseits die Bemühungen verstärkt“ worden seien, „das Problem der Rückführung ehemaliger Politemigranten zum Abschluß zu bringen.“ Das geschah bei einer Zusammenkunft von Mitarbeitern des MfAA (Bereich Staatsbürgerschaftsfragen) mit solchen der Kaderabteilung des ZK zur „Vorbereitung eines Abschlußberichtes“ über die „Rückführungen ehem. Politemigranten aus der UdSSR in die DDR“ im Juni 1962 im Hause des ZK. Die Teilnehmer resümierten, bis 1949/50 sei der größte Teil derjenigen PE zurückgekehrt, die „während der Zeit der Emigration in der UdSSR aktiv im politischen Leben“ gestanden oder „eine leitende politische Tätigkeit ausgeübt“ hätten.¹⁸⁴

Von den inzwischen seit den späteren 1950er Jahren zurückgekehrten Emigranten hätten sicher viele gern auch aktiv im politischen Leben gestanden, wenn sie nicht durch Haft und Verbannung in entlegene Landesteile daran gehindert worden wären. Man fühlt sich erinnert an den Brief des PE Franz Schwarzmüller an die ZKs seiner Partei und der KPdSU vom April 1939: „Seit den Gerichtsprozessen und dem Einsetzen der Verhaftungen unter den Politemigranten spielt sich unser Leben hier in der UdSSR ab unter dem Aspekt, daß 90 % und vielleicht noch mehr von uns Spione, Agenten der Gestapo sind [...]. Für uns deutsche Emigranten [...] hat jedes [...] politische Leben und jede politische Betätigung aufgehört.“¹⁸⁵

Die Besprechungsteilnehmer hielten die Zuständigkeitsveränderungen nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen fest und die damals begonnene Rückführung

181 PA AA Bestand MfAA B 3435, Bl. 187/188/189 (Auszug aus Tätigkeitsbericht Konsularabt. Botschaft Moskau für das I. Quartal 1958) und Vermerk Haupt vom Juli 1958, ebd., Bl. 1b–6 (2).

182 Schreiben vom 29. Juli 1958 an die Botschaft, PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd 55, Bl. 311.

183 Das war schon seit Jahren so. Bereits 1955 wurde die Botschaft von der Zentrale gebeten, zu jedem Einreiseantrag von PE eine ausführliche Stellungnahme abzugeben und dabei „alle positiven und negativen Momente“ aufzuzeigen. PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd 55, Bl. 25.

184 Aktenvermerk, Bereich Staatsbürgerschaftsfragen, Berlin 12.6.1962, PA AA Bestand MfAA C 520/76 Bl. 230.

185 Brief vom 23. April 1939, abgedruckt bei Meyer-Stiens, Ernstheinrich (Hrsg.): Opfer – wofür? Deutsche Emigranten in Moskau – ihr Leben und Schicksal. Worpsswede 1996, S. 118 und 16.

„wirtschaftlicher Emigranten“, über die teils durch das ZK, teils durch die staatlichen Organe der DDR entschieden worden sei. Seit etwa 1960 habe man sich verstärkt und mittlerweile erfolgreich bemüht, die Rückführung abzuschließen. Die damals – nach der Zahl der vorgelegten und vom ZK der SED genehmigten Anträge – noch wartenden etwa 120 Personen seien unterdessen ganz überwiegend zurück.

Teilnahmslos gegenüber den vielfältig repressierten PE hielt die SED fest, „für das ZK selbst“ seien „im Zusammenhang mit der gesamten Rückführungsaktion keine Probleme“ aufgetreten. „Schwierigkeiten hatten jedoch viele Antragsteller selbst bei der Erlangung der Erlaubnis der Ausreise aus der UdSSR“.¹⁸⁶ Statt dessen identifizierte sich die SED mit der sowjetischen Partei und den sowjetischen Behörden zu Lasten der PE: „in den wenigen Fällen, in denen die Milizbehörden ehem. PE bis heute die Genehmigung zur Ausreise aus der UdSSR verweigern, muß angenommen werden, daß für die Ablehnung wichtige Gründe vorliegen.“ Es folgte die für die bis dahin in der SU verbliebenen PE eine jede Solidarität mit den betroffenen Genossen verleugnende Konsequenz: „Das ZK wird deshalb der Empfehlung der Botschaft Moskau, nochmals Schritte beim ZK der KPdSU einzuleiten, nicht nachkommen.“ So lautet also das abschließende Resümee dieser Besprechung: „Im Einvernehmen mit dem Zentralkomitee unserer Partei wird damit die Rückführung ehemaliger Politemigranten aus der UdSSR in die DDR im Prinzip als abgeschlossen betrachtet.“¹⁸⁷

Dabei hatten sich die Bedingungen für die Remigrationswilligen auf sowjetischer Seite inzwischen verbessert: Mit dem Inkrafttreten der Strafrechtsreform in der SU im Februar 1959 waren die Aufenthaltsbeschränkungen auch der Zwangsangesiedelten aufgehoben.¹⁸⁸ Sie konnten damit nicht nur leichter Kontakte untereinander pflegen sondern auch in Moskau bei Dienststellen vorstellig werden, die ihnen bei Bemühungen um Rückkehr zu helfen vermochten.

Zu der Zeit habe es etwa 120 ehemalige PE (einschließlich Angehörige) in der SU gegeben,¹⁸⁹ deren Einreise beantragt und vom ZK der SED genehmigt gewesen sei. Die seien – so wurde im Juni 1962 festgehalten – inzwischen bis auf wenige Personen in die DDR eingereist.¹⁹⁰ Diese Information entsprach der das Gespräch abschließenden Zusage des ZK: „sollten aufgrund direkter Ersuchen der Antragsteller an das ZK [...]

186 Schwierigkeiten machten aus Sicht der Partei höchstens rückkehrwillige PE. So übermittelte das MfAA der Botschaft Moskau am 28. Juni 1958 die Bitte des ZK, während der Zeit der Vorbereitung des Parteitages „aufgrund arbeits- und wohnungsmäßiger Schwierigkeiten“ die Übersiedlung von PE in die DDR zurückzustellen. PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd 55, Bl. 315.

187 Im Original unterstrichen. Vermerk MfAA Bereich Staatsbürgerschaftsfragen/Interessenwahrnehmung, Berlin 13. Juni 1962, PA AA Bestand MfAA C 520/76, Bl. 234–238 (236).

188 Siehe Herbst-Oltmanns, Anne: Entstalinisierung. Der Einzelne zählt wieder in der Sowjetunion. In: Crusius, Reinhard /Wilke, Manfred (Hrsg.); Medwedew, R./Havemann, R./Steffen, J. u.a.: Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen. Frankfurt am Main 1977, S. 50–64 (54).

189 Die gleiche Zahl hatte die Botschaft auch schon für den 15. Oktober 1957 festgehalten – in einer in Russisch vorliegenden Liste. SAPMO BArch DY 30/IV 2/11/261, Bl. 12–23 –, nach der bis dahin im Jahre 1957 circa 80 PE einschließlich ihrer Familienangehörigen ausgereist seien. PA AA Bestand MfAA C 520/76, Bl. 239. Es hatte aber allein 1958 mindestens circa 60 Rückkehrer und etliche Familienangehörige gegeben, eine Reihe von ihnen auf der Liste vom 15. Oktober 1957 stehend. So ging es 1960 nicht um die gleichen Personen; ihre Zahl stimmt wohl nur zufällig überein.

190 Das kann nach den bekannt gewordenen Remigrationen aus dieser Zeit zahlenmäßig in etwa zutreffen. Aber bereits am 12. Juni 1962 vermerkte der Bereich Staatsbürgerschaftsfragen/Interessenwahrnehmung die Mitteilung aus der Kaderabteilung, ein neuer Remigrationsantrag sei eingegangen von Luise Kowalewski mit Tochter Asarenko; sie werde voraussichtlich als PE anerkannt werden und eine Einreisegenehmigung in die DDR erhalten. PA AA Bestand MfAA C 520/76, Bl. 231.

Schritte notwendig sein“, werde das ZK das MfAA unterrichten. Im übrigen lehnte das ZK es ab, Zahlen über remigrierte PE zur Verfügung zu stellen; das erübrige sich angesichts des abgeschlossenen Problems. So ist bis heute die Gegenkontrolle einer Zusammenstellung der Remigranten an einer durchgehenden, die Zeit von 1945 an umgreifenden umfassenden Aufstellung der SED nicht möglich.

Allerdings finden sich dann in den nächsten Jahren fast keine Remigrationen mehr; zu den wenigen gehören zwischen 1960 und 1970 noch Luise Hadrossek, Frieda Siebenacher, Amalia Skrainka und Sonja Winkler, zwischen 1970 und 1980 Heinz Bartel, Albrecht Weihe, Karoline Radusch (81jährig) und Eva Schneider. Ruth Malez, Ruth Halperin und Lilli Brandt kamen nach 1980. Bei den besonders spät Gekommenen handelte es sich zum Teil auch um (in der Zwischenzeit wieder in die SU gegangene) Re-Remigranten oder bis dahin freiwillig, auch mit Rücksicht auf Familienmitglieder, in der SU Gebliebene.¹⁹¹

V. Ergebnis der Untersuchung:

1. Für die deutschen PE in der SU, ihre Familien und die Personen, die von der SED als PE anerkannt wurden, gab es nach dem Zweiten Weltkrieg keine Freizügigkeit. Ihre Remigration war Gegenstand des Zusammenwirkens von KPdSU und KPD/SED.
2. Jede Ausreise bedurfte grundsätzlich einer Anforderung/eines Antrags der KPD/SED. Diese Voraussetzung war aber weder zwingend noch ausreichend. Denn die KPdSU ließ auch Personen ausreisen, für die kein Antrag vorlag; sie verweigerte oder verzögerte nach in der Regel nicht erklärten Kriterien die Ausreise trotz vorliegender Anträge. Eigene Anträge von Emigranten kamen vor; erfolgreich waren sie in aller Regel nur bei Zustimmung der SED.
3. Jede Ausreise bedurfte der Zustimmung der sowjetischen Partei und einer Ausreiseerlaubnis des NKWD.
4. Die SED akzeptierte Verweigerungen/Verzögerungen durch die KPdSU und sowjetische Behörden, setzte allenfalls wiederholtes Bitten dagegen, in etlichen Fällen auf höchster Ebene (Wilhelm Pieck).
5. Nachdem die SED in den frühen Nachkriegsjahren die Remigration ihrer „politisch aktiven“ PE erreicht hatte, förderte sie die Rückkehr der übrigen allenfalls noch mit eingeschränktem Engagement, behinderte sie sogar in Einzelfällen.
6. Nur sehr ungenau ist die Zahl der Remigranten aus der SU zu bestimmen, schon gar die Zahl pro Jahr. Die von sowjetischer Seite angegebene Zahl von 658 Personen bis Mitte 1954 scheint an der unteren Grenze der anzunehmenden realen Zahlen zu liegen. W. Hedeler hat auf der Grundlage von (nicht vollständig durchgesehenen) Moskauer Rot-Kreuz-Listen für die Zeit von 1955 bis 1961 noch einmal circa 560 Remigranten ermittelt (durch Führung verschiedener Namen können darin Doppelzählungen stecken). Die Zahl der noch später remigrierten Emigranten scheint unter 50 zu liegen. Fast noch unsicherer ist die Ermittlung der Zahl der aus der SU mit den Remigranten gekommenen Kinder und Jugendlichen; mindestens 250 Kinder und Enkelkinder lassen sich als Mit-Heimkehrende belegen.

191 Wie zum Beispiel Eva Schneider, die sich seit 1957 frei in der SU aufhielt und erst 1977 nach dem Tod ihres Ehemannes in die DDR kam; oder Leonore Henke-Schwalbe, die bis 1982 bei der Prawda arbeitete und erst als Rentnerin zurückkam.